Nr. 17. Halle (Saale), Montag, den 21. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.– Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.– Mk. oder 3.– Mk vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgebühr monatl., wenn die Zustellung vom Postbote erfolgt.
„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage. 5 Pfg. im Monat.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 44 mm Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Ein Sonderfrieden.

Einig mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 20. Januar. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist, – der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Friede und Freundschaft miteinander zu leben, – die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden, – alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregelten, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorsorge zu treffen haben wird, – auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten, – ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum erstenmal in diesem, die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden. (W. T. B.)

•

Weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen.

Eine neue Erklärung Czernins.

Brest-Litowsk, 18. Januar. Der Vertreter des Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus hatte am 17. 1. eine Unterredung mit dem Grafen Czernin über den Stand der Friedensverhandlungen. Graf Czernin äußerte sich hierbei folgendermaßen: Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange. Deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. Ich hafte und bürge jedoch dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

•

Diese Erklärung hat ihre Bedeutung. Denn zugleich erfahren wir durch eine Wolffmeldung, daß im Budgetausschuß des Wiener Abgeordnetenhauses ein tschechischer Abgeordneter den Grafen Czernin vor der Annahme preußischer Methoden gewarnt hat, und daß der Alldeutsche Wolf „gegen die Vorgänge" protestiert hat, die geeignet seien, den Frieden zu verzögern und den Krieg zu verlängern. Welcher Art diese Vorgänge sind, wird nicht gesagt, ebensowenig erfährt man, ob sie weitere Folgen gegen den Ministerpräsidenten v. Seidler hatten.

Das Berliner Tageblatt versieht die Meldung über Czernins neueste Erklärung mit der Ueberschrift: Erklärung zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Oesterreich, woraus zu schließen ist, daß die öffentliche Meinung in Oesterreich sehr beunruhigt ist und daß die Erklärung des Grafen Czernin mit den Vorgängen, gegen die der Alldeutsche Wolf als kriegsverlängernd protestierte, in engem Zusammenhange steht.

Der Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns hat also infolge dieser Vorgänge ein erneutes feierliches Gelöbnis im Sinne eines ehrlich annektionslosen Friedens abgelegt. Er haftet und bürgt dafür, daß der Friede „unsererseits" nicht an Eroberungsabsichten scheitern werde. „Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen, noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht."

Ob sich die Worte „unsererseits" und „wir" nur auf Oesterreich-Ungarn oder überhaupt auf die Mittelmächte, also auch auf Deutschland, beziehen, geht aus der Erklärung des Grafen Czernin nicht hervor.

Aus allem ist folgendes zu schließen: Die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns war mit der Erklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember, die sich mit der neuesten Aeußerung Czernins theoretisch deckt, einverstanden, ist aber über die Erklärung vom 28. Dezember aufs tiefste beunruhigt und erregt. Sie sieht darin etwas, was der erwähnte tschechische Abgeordnete „die deutsche Methode" genannt und wovor er die österreichische Regierung gewarnt hat. Infolge dieser Erregung entstanden „die Vorgänge", und aus diesen Vorgängen entstand wiederum die neue friedensfreundliche Erklärung des Grafen Czernin.

Nun müßte auch die deutsche Volksvertretung endlich einmal zu Worte kommen und von der deutschen Regierung Aufklärung und klare und grundsätzliche Stellungnahme in diesen Fragen verlangen.

Neue Verschiebung der Aufklärung.

Berlin, 21. Januar. Der Reichstag wird sobald nicht berufen werden. Nach einer Vereinbarung der Reichsleitung mit den Parteiführern wird die politische Debatte im Hauptausschuß des Reichstages voraussichtlich erst am Donnerstag wieder aufgenommen. – Staatssekretär v. Kühlmann trifft Montag abend in Berlin ein. Es wird erwartet, daß er mit den Parteiführern über die Ereignisse und Aussichten in Brest-Litowsk sprechen werde.

England wartet auf Antwort. London, 19. Januar. Lloyd George verschob seine für Dienstag angekündigte Rede, die eine Erläuterung seiner letzten Ansprache an die englischen Arbeiter bringen soll, auf die übernächste Woche, um zunächst eine Erwiderung des deutschen Reichskanzlers abzuwarten.

•

Leidenschaftliches Friedensbegehren.

Die Wiener Arbeiterschaft hat am vergangenen Sonntag in fünf Massenversammlungen einstimmig einen Beschluß angenommen, in dem es heißt:

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlicher Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder, dem Kriege ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Drucke der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestieren gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annektionen und Kontributionen anzubieten.

Aus den Debatten des Abgeordnetenhauses geht hervor, daß hinter diesem Beschluß nicht bloß die österreichische Arbeiterschaft, sondern auch die Masse des Bürgertums steht.

•

Flanderns Selbständigkeit.

Brüssel, 20. Januar. Das Zentralflämische Pressebureau veröffentlicht folgende Mitteilung des Rates von Flandern: Entsprechend dem in seinen ersten Kundgebungen vor Jahresfrist aufgestellten Ziele hat der Rat von Flandern in seiner allgemeinen Versammlung vom 22. Dezember 1917 feierlich und einstimmig Flanders volle Selbständigkeit beschlossen. In Verfolg dieser Erklärung legt der Rat von Flandern sein ihm von der flämischen Landestagung vom 4. Februar 1917 übertragenes Mandat nieder und wird sich einer Neuwahl unterziehen. (W. T. B.)

•

Mit Flandern soll es anscheinend so gemacht werden wie mit Polen, Litauen, Kurland. Ein ernannter Rat von Notabeln und Privilegierten beschließt die Selbständigkeit, läßt sich noch einmal wiederwählen – und der Volkswille ist „festgestellt". Auf diesen Vorgängen wird dann alles weitere aufgebaut. Daß solche „Volksentscheidungen" aufs heftigste bestritten und angefeindet werden, hat man zu erwarten. Im Prinzip ist die Völkerselbständigkeit zu begrüßen, in der Praxis aber muß gefordert werden, daß diese Selbständigkeit eine demokratische ist, zu der das Volk in seinen breitesten Massen gleichberechtigt und frei herangezogen wird. Vor allem muß auch die Militärbesatzung abwesend sein.

Die deutschen Annektionspolitiker fordern im Westen den Besitz der flandrischen Küste; das sei „Deutschlands Lebensfaden". Ob sie durch diese Art der „Selbständigkeitserklärung" Flanderns und damit der Spaltung Belgiens befriedigt werden, muß sich bald zeigen. Sicher werden sie energisch verlangen, daß die deutsche Macht über Flandern stehe und Flandern den deutschen Interessen dauernd hörig gemacht werde.

Rußland.

Der Konflikt mit Rumänien.

Petersburg, 19. Januar. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten Lenin, empfing einen Vertreter der Prawda und erklärte ihm: Man müsse die Möglichkeit eines russisch-rumänischen Krieges ins Auge fassen. Der Krieg werde unvermeidlich, wenn die rumänische Regierung sich weiterhin weigern sollte, die Forderungen des Rates der Volksbeauftragten zu erfüllen. Wenn die rumänische Regierung auch bei den Alliierten Schutz finden sollte, so werde man im Smolny-Institut vor einem entschlossenen Widerstande nicht zurückschrecken. – Die bolschewikische Regierung hat die rumänische Gesandtschaft aus Petersburg ausgewiesen, ihre eigene Gesandtschaft bei der rumänischen Regierung in Jassy zurückgezogen.

Der Haftbefehl gegen den rumänischen König.

Petersburg, 19. Januar. (Reuter.) Eine Zeitung meldet, daß der Befehl der Volksbeauftragten, den König von Rumänien zu verhaften, sich bestätige. Der revolutionäre Ausschuß der 9. russischen Armee sandte den rumänischen Militärbehörden ein Ultimatum von zwei Stunden Frist, in dem er freien Durchzug der russischen Truppen durch Jassy verlangt.

Petersburg, 20. Januar. Amtlich wird dementiert, daß ein Beschluß erlassen worden sei, den König von Rumänien zu verhaften. Dagegen wird versichert, daß gegenüber Rumänien die strengsten Maßnahmen ergriffen werden sollen, wenn dieses das Ultimatum nicht anerkennen wolle.

Abschaffung der Wehrpflicht.

Petersburg, 20. Januar. Durch Beschluß des Obersten Militärkollegiums wurde die allgemeine Wehrpflicht für die russische Flotte abgeschafft. Eine ähnliche Verfügung steht bezüglich der übrigen Waffengattungen bevor. – Die Nachricht ist nicht verbürgt. Jedenfalls ist sie nur ein Teil einer Verfügung, die sich mit Errichtung einer Volkswehr befaßt.

Neue Kämpfe werden aus Odessa gemeldet. Zwischen bolschewistischen und ukrainischen Truppen soll es zu Straßenkämpfen gekommen sein. Die Rada habe auch noch keine Antwort gegeben auf die Petersburger Forderung, Kaledins Umtriebe nicht mehr zu unterstützen. Der Bürgerkrieg gehe weiter.

Die Konstituante.

Zusammentritt – Konflikt – Auflösung.

Die Eröffnung

Petersburg, 18. Januar. Am Freitag um 4 Uhr nachmittags ist im Taurischen Palast die Verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, Swerdlow, eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptausschusses verlas. Die Verfassunggebende Versammlung hat Tschernow (rechtsstehender Revolutionär) mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

Der Regierungskommissar Uritzki hat vorher berichtet, daß bisher zur Konstituante 520 Abgeordnete gewählt seien, darunter 161 Bolschewiki, 257 Sozialrevolutionäre, davon 60 dem linken Flügel und 160 der Tschernow-Gruppe angehörend, 41 Ukrainer, 20 Kadetten und 3 Menschewiki.

Die Spaltung.

Petersburg, 19. Januar. (Reuter.) Die konstituierende Versammlung be[illegible] mit 273 gegen 140 Stimmen, die Be[illegible] von Swerdlow verlesenen Erklärun[g der] Arbeiterrechte zu vertagen. Die Erklärung der Arbeiterrechte verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschaffe und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführe, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen werde und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Nach dem Beschlusse auf Vertagung verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal, während die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten trotz der Drohung des in den Gängen aufgestellten, mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Militärs den Vorschlag annahmen, an die kriegführenden Länder Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.

Die Auflösung.

Petersburg, 19. Januar. Nachdem die Verfassunggebende Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die Verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen haben, geführt werden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlaß erscheinen über die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung.

•

Demnach ist die Hauptursache des Konflikts in den Friedensverhandlungen zu suchen. Den rechtsstehenden revolutionären Elementen ist die Führung der Friedensverhandlung in rein proletarisch-sozialistisch-internationalem Geiste zuwider, da sie sich in erster Linie „als Russen" fühlen und meinen, das Interesse Rußlands sei von den Bolschewisten „nicht genügend gewahrt" worden. Trotzki war mit der Absicht und Aufgabe nach Petersburg gekommen, die Konstituante über die Friedensverhandlungen entscheiden zu lassen. Dabei mußte natürlich der Konflikt einsetzen, da die rechtsstehenden Elemente in der Konstituante die Mehrheit haben und die Bolschewikis nur in der Minderheit sind. Nun muß der Konflikt durchgefochten werden, der der schwerste ist, den die Bolschewikis überhaupt auszufechten haben. Die Auflösung der Verfassungsversammlung ist nur ein kurzes Aushilfsmittel, auf das die Rechte vorbereitet war. Denn die Kreise um Tschernow hatten schon vorher Organisationen „zum Schutze der Konstituante" gebildet. Diese Organisationen hielten bereits Straßendemonstrationen vor Eröffnung der Konstituante ab. Bei einer solchen kam es schon zu Kämpfen. Bolschewistische Truppen nahmen die Fahne weg, es kam zum Feuern, wobei mehrere Personen getötet sein sollen, unter ihnen das Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauerndeputierten Boganow.

Belagerungszustand in Petersburg.

Petersburg, 19. Januar. Die außerordentliche Kommission für die Verteidigung Petersburgs erklärt in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß infolge des Zusammenschlusses der gegenrevolutionären Truppen die Stadt sich im Belagerungszustande befinde. Alle Kundgebungen sind verboten; alle Versuche, an den Taurischen Palast oder an das Smolny-Institut heranzukommen, werden mit Waffengewalt verhindert. Alle Regimenter sind zusammengezogen. Die Bureaus der Zeitung Djen (das die Interessen der Kerenskigruppe vertritt) wurden geschlossen; der Chefredakteur wurde verhaftet.

Die Kämpfe sind damit nicht zu Ende, sondern werden weitergehen. Die Bolschewiki kämpfen jetzt um Aufrechterhaltung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0001

ihrer Regierung, ihrer Macht. **Können sie sich nicht halten,** so bricht mit ihnen auch das Friedenswerk zusammen, das sie aufrichten wollten. Ein neues Chaos käme über Rußland. Wie eine andere Regierung aussehen würde, läßt sich nicht voraussehen, aber sicher wäre sie nicht mehr so linksstehend, proletarisch, sozialistisch, international, wie die Bolschewisten-Regierung. Ein Abgleiten nach rechts würde erfolgen. Doch noch ist es nicht so weit. Die Bolschewisten haben ihre sichere Stütze in der Mehrheit der Soldaten, sie werden ihre Arbeit verteidigen.

Nach Auflösung der Konstituante müssen **Neuwahlen** erfolgen. In der Zwischenzeit kann aber das Friedenswerk nicht ruhen. Es kommt hinzu, daß die selbständige **Ukraine** bereits ihre **Einigung** mit den Mittelmächten — anscheinend — so gut wie vollzogen hat. Ebenso haben die Bolschewisten Schwierigkeiten mit den Rumänen zu überwinden. Der Wirbel in Rußland beginnt aufs neue einen entscheidungsvollen Lauf zu nehmen. Sein Weg ist von hier aus nicht vorauszusehen.

Bedeutsame Rede Mehrings.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

111. Sitzung. Sonnabend, den 19. Januar, 11 Uhr vormittags.

Erste Lesung des Etats.

Eisenbahnminister v. **Breitenbach** begründet **die kommende Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr.** Es sei beabsichtigt gewesen, diese Erhöhung erst nach Friedensschluß durchzuführen, aber die Steigerung aller Ausgaben machte einen Aufschub unmöglich.

Abg. **Winckler** (Kons.) begrüßt den neuen Finanzminister, dessen Ausführungen ihn begeisterten. Gegen die Eisenbahndiebstähle muß tatkräftig vorgegangen werden. Der Redner kritisiert den jetzigen Zustand des Eisenbahnverkehrs und wendet sich gegen Pläne einer Vermögenskonfiskation, die den Einzelstaaten und Gemeinden die Mittel zu ihrer Existenz entziehen würde.

Abg. Dr. **Schmedding** (Zentr.) dankt dem Finanzminister für die Erklärung, daß er sich einen Eingriff des Reichs in die direkten Steuern widersetzen wolle.

Abg. Dr. **Röchling** (Natl.): Die vom Minister angekündigte Erbschaftssteuer ist uns sympathisch, denn sie ist nicht nur gerecht, sondern sie ist auch die beste Kontrolle der Steuerleistung der Verstorbenen. Ein Verzicht auf **Kriegsentschädigung** würde zur Vermögenskonfiskation führen. (Aha! b. d. U. Soz.) Aus den haßverbissenen Gegnern müssen wir soviel wie möglich herausholen. (Beifall b. d. Natl. und rechts.) Die Steuerveranlagung muß schärfer werden. Die zentralisierte Kriegswirtschaft muß **abgebaut** werden. Der Mittelstand muß vor dem Hinabsinken in das Proletariertum bewahrt werden. Der Siegeswille muß in allen Volksschichten erhalten bleiben (Beifall.)

Abg. Dr. Mehring (U. Soz.):

Wenn der **Finanzminister** vorgestern die **Vereinigten Staaten** mit der Aeußerung verspottet hat: „Die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen noch fliegen, sie wird nicht kommen", so hätte er uns auch sagen sollen, **worauf** sich seine bestimmte Prophezeiung eigentlich stützt. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wenn **Kanada** mit seinen noch nicht 9 Millionen Einwohnern eine Viertelmillion Soldaten auf den europäischen Kriegsschauplatz hinübergeworfen hat, dann muß doch der Minister recht trifftige Gründe haben, wenn er den Vereinigten Staaten mit ihren 110 Millionen Einwohnern jede Leistungsfähigkeit in dieser Beziehung abspricht. (Sehr wahr! b. d. U. Soz) [illegible] geringschätzende Worte [illegible] selber darauf hat [illegible] der Finanzminister unseren Gegnern **lächerliche Ueberhebung** nachgesagt. Da sollte er doch darauf bedacht sein, **sich selbst** auch nur vor dem Schein der Ueberhebung zu hüten, wenn er nicht das bißchen Sympathie, das **vielleicht** noch irgendwo in der Welt für die deutsche Sache besteht, gewaltsam totschlagen will. Von den **Sonderfriedensverhandlungen** sagte der Minister, sie seien von weltgeschichtlicher Bedeutung, der Friede sei auf dem Marsch und werde auf dem Marsche bleiben. Niemand wäre mehr erfreut als wir, wenn diese Prophezeiung sich erfüllte. Aber das sieht doch zweifelhaft aus.

In Brest-Litowsk haben bisher nur die russischen Revolutionäre ehrliche Offenheit und einen großen Sinn bekundet.

(Lachen rechts, Zust. b. d. U. Soz.) Das Auftreten der Unterhändler des **Vierverbandes** aber konnte nicht einmal auf den Reiz der Neuheit Anspruch machen, geschweige denn auf weltgeschichtliche Bedeutung. Wenn diese Unterhändler als „Selbstbestimmungsrecht der Völker" erst die Entscheidung irgend einer unberufenen **Notablen-Versammlung** und dann eine Volksabstimmung, **eine Parlamentswahl unter dem Drucke fremder Waffen** erläutern, so ist das nur nach dem Muster **Bonapartes** gearbeitet, des Mannes von Sedan in den 60er Jahren, des Mannes des merikanischen Kaiserreichs tragikomischen Anblicks. In Deutschland hat man damals diese Methode bonapartistischer Völkerbefreiung sehr scharf gekennzeichnet; sie ist ihrem Urheber bekanntlich außerordentlich **übel bekommen**. Die Nachahmer dieser Methode werden, wenn sie auf diesem Wege beharren, dieselben Erfahrungen machen. Und selbst, wenn ihnen eine **Augenblickserfolg** beschieden sein sollte, **so würde damit nur eine Aera neuer Kriege eröffnet sein.** (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Mit Besorgnis äußerte sich der Minister über die **Schädigung der Volksmoral durch den langen Krieg,** die aber nach ihm nicht viel besage gegenüber den glänzenden Siegestaten unseres Heeres und unserer Flotte in dem Weltkriege. (Sehr richtig! rechts.) Die Bibel aber sagt statt Ihres „Sehr richtig!": **„Was hülfe es ihm, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele!"** Die Auffassung der Bibel deckt sich da genau mit der Auffassung der modernen Kultur,

daß die moralische Zersetzung eines großen Volkskörpers durch Betrug, Diebstahl, Gaunerei und Schwindel aller Art ein gesetzliches Unheil ist, das durch den glänzenden Ruhm der Waffen nimmermehr verdeckt und vergoldet werden kann.

Bei Kriegsbeginn erklärte Paul Rohrbach, die eigentliche Kraft des deutschen Volkes müßte sich darin erproben, **daß die Besitzenden die Nichtbesitzenden bei der Lebensmittelnot durchfristen;** es handelt sich hier nicht um Mein und Dein, sondern um Sein oder Nichtsein. Nun, diese Probe ist schlecht genug ausgefallen. **Das Mein und Dein fragt den Teufel danach, wie dabei das Sein oder Nichtsein der Nation wegkommt.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ganze große Staatsinstitute, wie die **Post**, sind zu großen **Diebeshöhlen** geworden,

ganze Volksklassen wurden in den bodenlosen Abgrund geschleudert,

und wie die unersättliche **Gier nach Gewinn** alle Gebote **der Sittlichkeit mit Füßen stampft,** so auch die Paragraphen des St.-G.-B. Diese **Pest** wurzelt tief in den Zusammenhängen des Weltkrieges, als daß sie durch strafgerichtliche Urteile gegen die **kleinen** Diebe ausgerottet werden könnte.

Ueber die sittliche Empörung lachen die Schufte, die den hungernden Massen noch das letzte Mark durch ihren Wucher aus den Knochen fressen, um ihre Taschen zu füllen.

Aber es ist doch tief zu beklagen, daß der Minister von einem so entsetzlichen Unheil sagt, es fiele gegenüber den Ruhmestaten des Heeres und der Flotte nicht besonders ins Gewicht. Clausewitz würde vielleicht den Finanzminister ebenso wie seinerzeit **einen alten General als konzentrierte Säure des altpreußischen militärischen Geistes** bezeichnet haben. **Wenn ein Volk die einfachsten Pflichten des Gemeinsinns, die schlichtesten Gebote der Treue und Redlichkeit** gegen **die eigenen Volksmassen mit Füßen zu treten beginnt,** so ist es im innersten **Keim krank**, und darüber helfen auch keine Siege hinweg.

Den Belagerungszustand mit der Zensur

und der **Schutzhaft** und allen seinen sonstigen lieblichen Begleiterscheinungen hat der Finanzminister gänzlich vergessen. Gilt es denn unserer Regierung wirklich schon als selbstverständlich, daß das Volk durch eine

eiserne Militärdiktatur

aller derjenigen **Bürgerrechte entkleidet wird**, die seine nationale Existenz überhaupt erst **wertvoll** machen, während es diese **verteidigt**? (Sehr gut! b. d. U. Soz.) **Auf geistigem Gebiet verwüstet die Zensur ebenso wie die zügellose Geldgier auf wirtschaftlichem Gebiet.** Die systematische

Irreführungen des öffentlichen Geistes durch die Zensur

wird sich einmal an der geistigen Entwicklung **der Nation** auf das grausamste **rächen**. Nur dadurch wird die Zensur nicht ganz unerträglich, daß sie aus sich selbst heraus die natürliche Reaktion der **unterirdischen Literatur** schafft und so der historischen Wahrheit ein kleines Luftlöchle in Deutschland eröffnet. Ich denke da an die **Denkschrift des Fürsten Lichnowski,** des früheren deutschen **Botschafters** in London, der mit einleuchtender Klarheit nachweist,

wo die unschuldigen Urheber dieses Weltkrieges sitzen.

(Unruhe rechts.) Von der vom Reichskanzler versprochenen „**Milderung**" der Zensur ist bisher nicht viel zu spüren; daß sie in England und Frankreich noch schärfer sei, war ein sachlicher Irrtum. Ist aber die Zensur wirklich eine „kriegstechnische Notwendigkeit"? **In Kriegen, deren Ziele im Interesse der großen Massen liegen und die deshalb von den großen Massen** sympathisch begrüßt werden, **sorgt die politische und** militärische Leitung schon von selbst für die Schonung und womöglich Erweiterung der Bürgerrechte; wenn es sich dagegen nur um die Interessen der herrschenden **Klassen auf Kosten der Massen handelt, da wird diesen Massen sofort ein Schloß vor** den Mund gehängt und kurzer Prozeß mit ihren Rechten gemacht. Als 1813 die Erhebung gegen die französische Fremdherrschaft den widerstrebenden König halb mit Gewalt mit sich riß, da bemühte sich der geniale Scharnhorst nicht weniger um die Aufhebung der Zeitungszensur, als um die Ausrüstung der Landwehr. Er schrieb **die unerhörte Erbärmlichkeit der damaligen Zeitungen der Zensur auf Rechnung** und erklärte dem Staatskanzler Hardenberg, daß die Verzögerung der Beseitigung der Zensur einen höchst nachteiligen Einfluß auf das ausländische und inländische **Publikum ausüben müsse**. Hervorragende Konservative, wie Niebuhr und Schleiermacher, unterstützten ihn, aber schon damals war **der liberale Minister noch um einige Grade reaktionärer als die Konservativen.** Der Krieg von 1870 war zwar kein Volkskrieg, aber die Massen waren ihm gegenüber sympathisch gestimmt, weil sein ursprüngliches Ziel die Niederwerfung des Bonapartismus war, der wie ein Alb auf der Arbeiterklasse lastete. **Bismarck hütete sich damals, die staatsbürgerlichen Rechte anzutasten. Er hat weder Versammlungen verboten noch Vereine aufgelöst, noch Zeitungen unterdrückt,** ja er gestattete sogar seinen Offizieren einen heftigen Feldzug gegen die Königin und die Kronprinzessin von Preußen, die er ungerechtfertigterweise beschuldigte, das Bombardement von Paris verhindert zu haben. Der Belagerungszustand bestand nur für die Küstenlande, wo man eine Landung der französischen Flotte erwartete Als Vogel von Falckenstein seine militärische Befugnis mißbrauchte, um Johann Jakobi und den sozialdemokratischen Parteiausschuß in Braunschweig in „Schutzhaft" nehmen zu lassen, **da brauste ein Sturm der Entrüstung durch ganz Deutschland** und Bismarck beeilte sich, **die militärische Tölpelei gut zu machen.** Und der Zentrumsführer Windthorst sagte damals hier, man sollte statt Elsaß-Lothringen **Cayenne und die Teufelsinsel für die preußischen Reaktionäre** erwerben. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Das Zentrum hatte damals überhaupt einen recht tiefen Einblick in das eigentliche Wesen des neuerstehenden Deutschen Reiches. Ein Zentrumsantrag wollte u. a. in der Verfassung bestimmen, daß

Zensur niemals wieder eingeführt

werden dürfe. Der Nationalliberale Treitschke verhöhnte **dieses** Vorgeben und meinte, ebenso gut wie die Wiedereinführung der Zensur könnte man auch die Wiedereinführung der **Folter** verbieten wollen **Heute haben wir beides, wenn sich auch die Folter einstweilen noch unter dem verschämten Namen der „Schutzhaft" zu verbergen sucht.** (Sehr gut! b. d. U. Soz.)

So sieht es mit dem Lichtbild aus, **das der Minister von der** gegenwärtigen Lage des preußischen Staates entworfen hat. Unsere Wähler sind der ewigen Schönfärberei müde, **der Geduldsfaden beginnt zu reißen,** und wenn es nicht anders geht, **so wollen sie klar zum Gefechte machen.** (Sehr richtig! b. d. U. Soz. Hört, hört! rechts. Zurufe und Widerspruch.) In Ihrem Wahlrechtsausschuß werden Sie ja wissen, was Sie zu tun haben. **Aber in Ihrem eigenen Interesse warne ich Sie, den Uebermut der herrschenden Klassen zu überspannen.** (Beifall b. d. U. Soz.. Unruhe rechts.)

Abg. Frh. v. Zedlitz (Freikons.):

Wir halten es für eine patriotische Pflicht, **angesichts der Verhandlungen** in Brest-Litowsk Zurückhaltung zu üben. Nur soviel sei gesagt, daß wir uns **im vollen Einvernehmen mit Reichs- und Heeresleitung jetzt völlig frei fühlen von allen Bindungen** der Reichstagsentschließung vom 19. Juli **und der Antwort auf** die Papstnote. Entschieden zurückweisen müssen wir die Ausführungen des Abg. Korfanty im Verfassungsausschuß, der verlangte, daß die Beziehungen Preußens zu seinen polnischen Staatsbürgern unter internationale Kontrolle gestellt werden sollen. Das würde gegen die Souveränität, gegen die Ehre und Würde des preußischen Staates verstoßen. Preußen muß auch ferner das Rückgrat Deutschlands bleiben.

Finanzminister Herat

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Mehring. Der gesunde Menschenverstand muß jedem sagen, daß die Schilderung des Abg. Mehring von unseren Zuständen nicht richtig sein kann. Vielmehr ist alles geschehen, um unserem Volke über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Ich habe in meiner Rede gegenüber den mancherlei Zeichen von Mißstimmung und Unzufriedenheit betonen wollen, daß wir angesichts der Leistungen von Heer und Flotte allen Grund haben, **stolz auf unser Deutschtum und auf das zu sein, was wir erreicht haben.** (Bravo!) Abg. Mehring hat gefragt, woher ich wußte, daß die große Armee von jenseits des Ozeans nicht herüberkommen würde. Weiß er denn nichts von unserem U-Boot-Krieg, weiß er nicht, daß die Schiffe von Tag zu Tag mehr fehlen und daß zum Transport einer großen Armee Hunderte von Schiffen notwendig sind. **Beweisen kann ich es nicht,** aber ich bin fest überzeugt, daß diese Armee nicht herüberkommt. Abg. Mehring sprach auch von **dem Sinken des moralischen Gefühls** und meinte, demgegenüber hätte ich nicht auf solche Aeußerlichkeiten, wie die Erfolge unserer Waffen, hinweisen sollen. Aber gerade diese Erfolge beweisen, daß unserer Armee hoher moralischer Wert innewohnt. Abg. Mehring brauchte die Worte: **„Wir wollen klarmachen zum Gefecht."** Sollten diese Worte **im anderen** Sinne gemeint sein so müßte ich scharf dagegen protestieren. Sonst aber sage ich: Wir alle sollen klar zum **Gefecht** machen gegen diese sinkende Moral im Volke. (Bravo!)

Abg. Cassel (Volksp.):

An unserem Patriotismus wird niemand zweifeln können. Unsere Finanzlage ist so günstig, daß wir die 1916 **bewilligten** Steuerzuschläge nicht weiter zu erheben brauchen. **Man darf** Steuern, zumal **jetzt im Kriege,** nur bewilligen, **wenn sie unbedingt notwendig sind. Die Tariferhöhungen sind mehr** als ein Opfer **für unser Volk, sie sind fast eine Strafe. Der** Redner **protestiert weiter gegen die Fesselung der Industrie im** Kriege und erklärt sich gegen eine Ausnahmebehandlung der **Polen. Der Beschluß der Wahlrechtskommission, die Herren**hausvorlage zuerst zu behandeln, zeigt **die Absicht der Verschleppung.** (Sehr wahr! links.) Die Verwaltungsreform muß der Selbstverwaltung größere Freiheit verschaffen. (Bravo! links.)

Weiterberatung Montag 11 Uhr. Schluß: 5 Uhr.

Lloyd Georges Arbeiterfang.

Erklärung für Kriegsfortsetzung.

London, 19. Januar. (Reuter.) In der gestrigen **Beratung der Delegierten der Trade Unions** (Gewerkschaften), die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der **Truppenbestände** zu prüfen, hielt Premierminister **Lloyd George** eine Rede an die Kongreßteilnehmer. Der Premierminister führte mit Bezug auf die Kriegsziele **folgendes aus:** Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: Um die **nötigen Mannschaften** zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel **als die Grenze des militärpflichtigen Alters auf 55 Jahre zu erhöhen,** wie dies bereits in **Oesterreich** geschehen ist, oder die **Verwundeten** immer wieder in die Feuerlinie zu schicken. Wenn wir nicht imstande sind, die deutsche Armee **zu besiegen**, wird es nicht möglich sein, **die durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzusetzen,** die kürzlich von der **Trade Unions** verkündigt wurden. **Niemals werden die deutschen Machthaber geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgend ein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellte, wenn wir sie nicht dazu zwingen können.** Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden, und erläuterte ferner, in welcher Weise diese beiden Kundgebungen in Deutschland aufgenommen wurden. Wenn die Entente aber, fuhr Lloyd George fort, nicht imstande ist, **den heutigen Machthabern in Deutschland die Spitze bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen.** Die englische und französische, überhaupt die europäische Demokratie wird **der Gnade einer grausamen Militärautokratie ausgeliefert sein, wie sie die Welt** nur je gesehen hat. Die Deutschen werden **Belgien** niemals räumen, wenn sie nicht dazu **gezwungen** werden. Wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um **ohne Kampf** aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich ihn im Namen Gottes, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative. **entweder setzen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.**

In dem Augenblick, wo die Deutschen Neigung zu Friedensverhandlungen unter **billigen Bedingungen** zeigen — die Bedingungen wurden mitgeteilt, es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat — **wird niemand widerstreben, in Friedensverhandlungen** einzutreten.

Ein Delegierter fragte, ob nicht der beste Weg, die Meinung des deutschen Volkes zu erfahren, wäre zu gestatten, daß **Vertreter Deutschlands** mit Vertretern **anderer Mächte in Stockholm** oder anderswo zusammenkommen. Lloyd George antwortete, die Vertreter des deutschen Volkes würden natürlich von der **deutschen Regierung** bestimmt werden. Man kann nur mit einer **Regierung** Frieden schließen.

In Beantwortung einer Frage betr. eine internationale Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George: Ich habe bereits die Einwände gegen eine solche Konferenz im Unterhaus mitgeteilt. Nach langer, sorgfältiger und reiflicher Ueberlegung sind die verschiedenen Länder einstimmig zu dem Schluß gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt würden, zwischen den Vertretern der **Regierung** jedes Landes geführt werden müßten. Das ist die Ansicht **Wilsons**, der die größte Demokratie der Welt vertritt, der **französischen** Demokratie, **Italiens** und **unsere eigene** Ansicht. In Hinsicht auf die Frage, welche Bedingungen die notwendige Vorbedingung zu einer [illegible] Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht **wünschenswert wäre,** in Friedensverhandlungen einzutreten, **bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann.** Ich bin fest überzeugt, nach der Haltung, die die Führer der **deutschen Regierung** einnehmen, daß es zu **keinem Ergebnis** führen würde, das **irgendwie einer gerechten Verständigung ähnlich wäre,** wenn man mit **Friedensverhandlungen** **begänne**. Man würde in diesem Falle **die Lage verschlimmern**, statt sie zu verbessern.

Amerikanische Schiffsverluste. Der Pariser Herald meldet aus Neuyork: Die amtliche Liste der Versenkungen führt vom 1. bis 15. Januar die Namen von 19 amerikanischen Schiffen auf.

Schweden im amerikanischen Heere. Stockholm, 19. Januar. Das Skaanske Telegramm-Bureau meldet aus Neuyork: Im amerikanischen Heere sind **25 200 schwedische Untertanen eingeregistriert; von diesen sind 7827 einberufen** und außerdem 1355 angenommen.

Schiffsversenkungen. Berlin, 19. Januar. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Dieckmann, hat kürzlich sechs durchweg bewaffnete Dampfer mit rund 32 000 Brutto-Registertonnen vernichtet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der Irischen See teils einzeln, teils in Geleitzügen unter starker Sicherung fahrend, abgeschossen, unter ihnen ein etwa 12 000 Tonnen großer Dampfer, ähnlich dem Afric-Typ der White-Star-Linie. (Amtlich.)

Politische Uebersicht.

Eroberungs- oder Verständigungsfriede?

Die **Leipziger** Arbeiterschaft hat am Donnerstag abend eine große Kundgebung für den demokratischen Frieden veranstaltet. Der Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte eine Versammlung in den großen Saal des Zoologischen Gartens einberufen, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz **Geyer** das oben angegebene Thema behandelte. In dichten Scharen waren die Leipziger Proletarier trotz der durch die frühzeitige Polizeistunde bedingten ungünstige Versammlungsstunde herbeigeeilt. Der große Saal und seine Galerien waren stark gefüllt, über 2000 Besucher sind zugegen gewesen. Das kräftige Referat wurde vielfach von starkem Beifall und Zustimmungskundgebungen unterstrichen, der sich zum Schluß, als der Referent mit dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit den Kriegshetzern! endete, zum stürmischen Donner steigerte. In der Diskussion versuchte ein Herr Pehnert die deutsche Regierung etwas in Schutz zu nehmen; seine widerspruchsvollen Darlegungen fanden in der Versammlung des öfteren stürmischen Widerspruch. Genosse Dr. Kurt **Geyer** widerlegte ihn kurz und schlagend, worauf nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten die folgende **Resolution einstimmig** angenommen wurde:

„Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Kriegstreibereien der sogenannten Vaterlandspartei sowie aller annektionssüchtigen Elemente; sie fordert die arbeitenden Klassen auf, den Kriegshetzereien überall entgegenzutreten, wo sich die Möglichkeit dazu bietet.

Die Versammlung verlangt die sofortige Beendigung des Krieges. Die Grundlage aller öffentlich zu führenden Friedens-Verhandlungen soll sein: Keine Annektion; keine Kriegsentschädigung; Selbstbestimmungsrecht der Völker."

Nach einer Schlußrede des Vorsitzenden, Genossen Lipinski, in der er zur eifrigen Arbeit für die Unabhängige Sozialdemokratie und für ihr Organ, die Leipziger Volkszeitung, aufforderte, **ging die imposante Versammlung auseinander.** Sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0002
DFG

hat gezeigt, wo die Massen der Leipziger Arbeiter in der Friedensfrage stehen; die Vaterlandspartei wird hier keine Geschäfte machen können.

Kleine politische Nachrichten.

Düsseldorfer Nachrichten. Der Verlag W. Girardet in Düsseldorf schreibt uns: Die Namensänderung des Düsseldorfer General-Anzeigers in Düsseldorfer Nachrichten hat verschiedenen Zeitungen Anlaß zu der unwahren Behauptung gegeben, daß ein Besitzwechsel unsere Verlages stattgefunden habe. Demgegenüber erklären wir, daß die Titeländerung mit einer rechtlichen Veränderung der Verlagsfirma nicht das mindeste zu tun hat. Die Zeitung erscheint nach wie vor im Verlag W. Girardet; es hat weder ein Wechsel der Inhaber stattgefunden, noch ist ein solcher Wechsel für die Zukunft vorgesehen. Die Schriftleitung bleibt dieselbe und in der Haltung der Zeitung wird nichts geändert.

Der Verkehr mit den Kriegsgefangenen.

Bern, 16. Januar. Im Dezember 1917 wurden von der schweizerischen Postverwaltung für die Kriegsgefangenen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Oesterreich-Ungarn, Italien usw. täglich durchschnittlich 486 647 Briefe und Karten, 16 834 uneingeschriebene Paketchen bis 1 Kilogramm, 52 139 eingeschriebene Pakete bis 5 Kilogramm in Empfang genommen und umgeleitet, sowie 7445 Postanweisungen im Betrage von 142 736,80 Frank umgeschrieben und versandt. Im ganzen wurden seit dem Monat September 1914 bis Ende Dezember 1917 an Kriegsgefangenensendungen im Postbureau Basel-Transit 3 603 471 268 Briefpostgegenstände, sodann vom Postbureau Genf-Transit, Basel-Bahnpostbureau, Chiasso-Transit und Domodossola (Schweizer Agentur) 64 961 069 Pakete entgegengenommen und weitergesandt. Von der Schweiz wurden überdies an französische, belgische, britische, russische und serbische Kriegsgefangene in Deutschland, und italienische Kriegsgefangene in Oesterreich 5 591 752 Brotsendungen im Gewicht von 10 079 298 Kilogramm abgeliefert, wobei die umfangreichen, ohne Mitwirkung der Post vermittels der Bahn beförderten Eilfrachtsendungen nicht mitgezählt sind. Dieses Brot ist allerdings zum größten Teil nicht aus Schweizer Mehl hergestellt worden. An Postanweisungen für Kriegsgefangene wurden von der Oberpostkontrolle und dem Mandat-Transitbureau Basel im ganzen 8 730 250 Stück im Betrag von 126 630 413,69 Frank empfangen, umgerechnet und weitergesandt.

Das „greisenhafteste" Programm.

Das Protokoll über den Würzburger Parteitag der Reformsozialisten ist erschienen. Es sei der allgemeinen Beachtung empfohlen, denn es ist der Niederschlag der vielberufenen Politik des 4. August, der „amtliche" Ausdruck ihrer Voraussetzungen, ihrer Hoffnungen und Erwartungen, vor allen Dingen ihrer angeblichen Erfolge. In dem Streit der Richtungen und Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, der nach dem Kriege erst mit voller Wucht einsetzen kann, wird man auf das Protokoll der Würzburger Tagung zurückzukommen haben. Für heute nur eine Kleinigkeit, die aber bezeichnend ist für den Geist, der diese Tagung beschattete. — Der Braunschweiger Abgeordnete Blos redete am vierten Verhandlungstage über einen Antrag Stuttgart, der die Einsetzung eines Ausschusses zur Abfassung eines Aktionsprogrammes forderte. Er kam dabei auf die Entstehung der sozialdemokratischen Parteiprogramme zu sprechen und sagte:

„Die Programme unserer Partei sind alle kurzlebiger gewesen als das heutige. Das Lassallesche Programm bestand im ganzen etwa zehn Jahre, das Eisenacher Programm von 1869 nur sechs Jahre; darauf folgte das Gothaer Programm [illegible] von 1875, das sechzehn Jahre bestanden hat. Das Erfurter Programm besteht schon 26 Jahre, es ist also das greisenhafteste, das wir bis jetzt gehabt haben. (Sehr gut!)"

Nach der Ansicht des Abgeordneten Blos war also jedes der sozialdemokratischen Parteiprogramme „greisenhaft", am „greisenhaftesten" das Erfurter. Wenn nun schon bei Parteiprogrammen mit dem sechsten Jahre die „Greisenhaftigkeit" beginnt, müßte mindestens alle fünf Jahre das Parteiprogramm revidiert und erneuert werden. Und da, wie Blos im weiteren Verlaufe seiner Rede versichert, „eine solche Sache außerordentlich sorgfältig vorbereitet werden muß", so würde die Partei sich wohl mit nichts anderem beschäftigen dürfen, als mit der Revision ihres jeweiligen Parteiprogramms, das dann, kaum revidiert, sich auch schon wieder als „greisenhaft" herausstellt. Das würde dann die „politische Arbeit" sein, auf die Blos und seine Gesinnungsgenossen so großen Wert legen. Weiter sagte der Würzburger Programmredner:

„Wir stehen vor einer Epoche, in der man unmöglich ein Programm bestehen lassen kann, wie es vor dieser großen Katastrophe geschaffen worden ist. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht darum, Grundsätze aufzugeben, sondern es handelt sich darum, das Programm zu berücksichtigen, soweit das geschehen kann, was sich in der Welt geändert hat. Dieser Weltkrieg ist ja der große Kladderadatsch gewesen."

Also der Weltkrieg ist es, der nach Blos bewirkt hat, daß das sozialdemokratische Parteiprogramm der Aenderung bedarf. Zu der Einsicht, daß das Erfurter Programm der Revision bedürftig sei, sind andere Leute schon vor dem Kriege gekommen, ohne daß sie deshalb das bestehende Programm als den Gipfel der „Greisenhaftigkeit" und seine Urheber als „Kuttenträger der Marxschen Scholastik" zu bezeichnen für nötig hielten. Im übrigen wird sich in ruhigeren Zeiten und wenn die Erfahrungen dieses Weltkrieges in ihrer Gesamtheit übersehen und erörtert werden können, ergeben, ob diese Erfahrungen den Geist des Erfurter Programms widerlegen oder ihn bestätigen.

Blos sieht in dem jetzigen Programm „eigentlich eine ökonomische Abhandlung, die mit einigen politischen Punkten verziert ist". Dabei war es Blos selber, der dieses angeblich schon in seiner Geburt verfehlte Programm dem Erfurter Parteitag zur Enbloc-Annahme empfahl — wie er in Würzburg entschuldigend bemerkte: der Zeitersparnis wegen, da er gewußt habe, daß eine Aenderung nicht mehr zu erzielen gewesen sei! Nein, war das Programm wirklich so unzulänglich, dann gab's noch einen anderen Weg: die Erörterung in der Partei fortzusetzen und die Beschlußfassung bis zum nächsten Parteitage zu verschieben. Es wurde aber in Erfurt einstimmig, also mit der Stimme des Abgeordneten Blos angenommen.

Neben dem Programm ist nun, wie Blos in Würzburg bemerkte, „zu seiner Erklärung noch die Marxsche Scholastik einhergegangen, die bekanntlich alles auf den Index gesetzt hat, was sich nicht buchstabengläubig zu allem bekannt hat, was im Programm enthalten war". Und der Redner schließt mit der Mahnung:

„daß wir uns heute im Programm von dieser Marxschen Scholastik freimachen müssen, damit wir uns endlich von dem Einfluß der Leute befreien, die mit einem wahren Mönchsgezänk die Partei erfüllt haben. Es ist ja mit diesen Kuttenträgern schon zum Teil aufgeräumt worden. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Man weiß nun zwar nicht, was sich Blos unter „Marxscher Scholastik" vorstellt, aber man weiß doch, was dieser Apostel der Toleranz und Gegner der „Kuttenträger" im Auge hat, wenn es ans „Aufräumen" im Sinne der unentwegten Durchhalter der Politik vom 4. August geht. Die Gewaltspuren, die das „Aufräumen" am Vorwärts, an der Gleichheit und der Neuen Zeit hinterlassen hat, lassen darüber keinen Zweifel, und der „lebhafte Beifall", den die Programmrede des Abgeordneten Blos in Würzburg fand, legt Zeugnis ab von den herrlichen Zeiten, denen die Scheidemänner die deutsche Sozialdemokratie entgegenzuführen gedenken.

Aus der Provinz.

Zur Milchvieh-Haltung

wird der Provinzpresse geschrieben: „In zahlreichen Gemeinden wird die ungünstige Futterernte eine weitere Verringerung der Kuhbestände während der nächsten Monate notwendig machen. Trotzdem gibt es viele Bezirke, die erlaubte Futtermittel in ausreichenden Mengen besitzen, um mehr Kühe zu halten, als der bisherige Bestand aufweist. Aus rein wirtschaftlichen Gründen haben leider viele Besitzer die weniger lohnende Milchkuh-Haltung eingeschränkt oder ganz eingehen lassen. Für die zukünftige Versorgung der gesamten Bevölkerung, insbesondere der großstädtischen Jugend, mit Milch und Milcherzeugnissen liegt hierin eine große Gefahr.

Aber diese Gefahr wendet sich, je näher das Ende des Krieges heranrückt, desto mehr gegen die Landwirte selbst. Denn aus Gründen der Volksernährung und Volksgesundheit ist es nicht möglich, den Wettbewerb des Auslandes (!) auf dem Gebiet der Milchversorgung länger auszuschalten, als unbedingt nötig ist. (!) Ein möglichst großer Milchviehbestand, der mit den vorhandenen Futtermitteln ernährt werden kann, liegt daher nach wie vor im eigensten Interesse der Landwirtschaft.

Aus diesen Erwägungen haben die Landwirtschaftskammern in den letzten Monaten sich wiederholt bemüht, aufklärend auf die ländliche Bevölkerung in diesem Sinne zu wirken. Sie haben darauf hingewiesen, daß es mit Rücksicht auf die Gesamtbevölkerung nicht möglich sei, die Milchpreise weiter zu erhöhen, nur um einzelne widerstrebende landwirtschaftliche Betriebe erneut zur Einstellung von Milchkühen anzuregen. [illegible] ermäßig nach, wie in allen Städten und Industriegebieten der Mangel an Milch von Tag zu Tag größer würde; jeder Landwirt müsse sich daher klar darüber sein, wie gefährlich die Milchnot in erster Linie für Kinder in den ersten Lebensjahren, für die heranwachsende Jugend sowie für Kranke und Verwundete sei. Wer also — besonders auch die größeren und großen Güter! — die Möglichkeit besitze, in seinem Betriebe an Stelle von Jungvieh, Schweinen und Schafen mehr Milchkühe zu halten, müsse das unter allen Umständen tun, auch wenn dabei etwa die wirtschaftlichen Erfolge eine Schmälerung erlitten."

Die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß solche Ermahnungen immer nur dann wirkten, wenn ihre Befolgung die „wirtschaftlichen Erfolge" vermehrten . . .

Merseburg. Die Macht der — Diebe. Der Stadtbrauerei hier wurden kürzlich zwei Treibriemen gestohlen und dadurch der Betrieb auf das ernstlichste gestört. Jetzt sieht sich die bestohlene Firma veranlaßt, da sie neue Treibriemen nicht erhalten kann, eine öffentliche Bitte an die Diebe zu richten, in der sie sich bereit erklärt, den Personen, die der Firma die Treibriemen wieder beschaffen, den vollen Wert der Treibriemen zu erstatten und sichert außerdem den an dem Diebstahl beteiligten Personen in diesem Falle völlige Straflosigkeit zu!

Hettstedt. Schon wieder Erhöhung der Milchpreise. Vor einigen Monaten wurden die Milchpreise von 30 auf 37 Pfennig das Liter erhöht und schon wieder ist seit 15. Januar der Milchpreis auf 40 Pfennig das Liter erhöht worden. Minderbemittelten ist es bei solchen Preisen fast gar nicht mehr möglich, Milch für Kranke und Kinder kaufen zu können; nur wer über viel Geld verfügt, kann noch Milch kaufen. Den Milchbauern aber hat man das „Durchhalten" wieder leichter gemacht.

Klostermansfeld. Säumige Fortbildungsschüler werden vom Gemeindevorsteher zu fleißigerem Schulbesuch in folgender Bekanntmachung ermahnt: In letzter Zeit wird die gewerbliche Fortbildungsschule von einer größeren Anzahl Schüler recht säumig besucht. Jedes unentschuldigte Wegbleiben wird künftig zur Bestrafung angezeigt werden. Die Schüler halten sich sogar eigenmächtig vom Unterricht fern. Die Gewerbetreibenden werden daher ersucht, auf ihre jungen Leute einzuwirken, daß sie die Schule nicht schwänzen, da sonst Geldstrafen unvermeidlich sind.

Artern. Bei der städtischen Sparkasse sind im Jahre 1917 1 359 704 Mk. eingezahlt und am Jahresschlusse 120 184 Mk. Einlagezinsen nicht abgehoben worden, die infolgedessen gutgeschrieben werden konnten. Rückzahlungen von Einlagen haben in Höhe von 943 388 Mk. stattgefunden, so daß sich die Einlagen unserer Sparkasse um 536 500 Mk. erhöht haben. Damit ist der Einlagebestand Ende Dezember 1917 auf 4 430 727 Mark gestiegen.

Delitzsch. Auf dem Abort von der Geburt überrascht wurde, wie wir im Delitzscher Tageblatt lesen, eine Frau G. in der Securiusstraße. Das Kind, ein ausgewachsener Junge, fiel aus der zwei Treppen hoch belegenen Wohnung durch die Abortröhren in die Grube. Beteiligte Personen versuchten zwar, das Kind zu retten, was aber nicht gelang. Ob ein Verschulden der Mutter vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Bitterfeld. Unregelmäßigkeiten und Schiebungen beim Lebensmittelamte haben jetzt zunächst zur Verhaftung einzelner daselbst beschäftigter Personen geführt. So wurde vor einigen Tagen der Kaufmann B. aus Delitzsch, der beim hiesigen Landratsamte beschäftigt war, in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Ebenso war auch der dort tätige Angestellte N. von hier in Untersuchungshaft genommen worden, der sich inzwischen im Gerichtsgefängnis erhängt hat. N. stand auch die Fleischkarten- und Schlachterlaubnisgabe unter. In die Angelegenheit scheinen außerdem Angestellte von mehreren nahegelegenen industriellen Werken verwickelt zu sein.

Dommitzsch. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde Fleischermeister Kitzig als neugewählter Stadtverordneter in sein Amt eingeführt, ebenso die wiedergewählten, worunter sich Genosse Bänisch befindet. Der gesamte Vorstand wurde gleichfalls wiedergewählt. Bei der Wahl der Finanzkommission erklärte eines ihrer Mitglieder, es sei besser, wenn diese Kommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestehen bliebe. Ein anderer Vertreter wollte sogar die Finanzkommission für — lebenslänglich gewählt wissen! Gegen diese sonderbaren Wünsche erhob Genosse Bänisch entschieden Einspruch; er erklärte, man solle diese Kommission so gut wie jede andere neu wählen, damit jeder Vertreter in seiner Amtszeit, also in sechs Jahren, durch sämtliche Kommissionen durch ist. Denn es ist jedem Vertreter sein gutes Recht, auch in die Finanzkommission Einblick zu erhalten. In die Beleuchtungskommission wurde Genosse Bänisch gewählt. — In diesen Tagen soll eine Heu- und Strohbestandsaufnahme bei den hiesigen Landwirten vorgenommen werden. Hierzu wurden Benicker, Grundmann, Kitzig und Simon bestimmt. — Am 28. und 29. September 1917 fand in Magdeburg der Städtetag für die Provinz Sachsen statt. Die Verhandlungen liegen im Druck vor und sollen bei den Mitglieder zirkulieren. — Die Stadthauptkassen-Rechnung von 1916-17 wurde der Rechnungsprüfungs-Kommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die Grasnutzung der Baumplantage vor dem Torgauer Tor wurde an den bisherigen Pächter, dem Landwirt Hermann Richter, auf weitere sechs Jahre für jährlich 20 Mk. wieder verpachtet.

— Das Ende eines Liebesabenteuers. Frau Börner, welche vor etlichen Wochen mit einem französischen Kriegsgefangenen geflüchtet war, ist in Lindau am Bodensee festgenommen worden. Ihr Begleiter, der sich in Lindau von ihr trennte, ist wahrscheinlich über die nahe Schweizer Grenze entkommen. Der Mann der Frau Börner ist seit Kriegsausbruch im Felde; er dürfte seinen gegenwärtigen Urlaub mit recht angenehmen Empfindungen verleben.

Wildschütz. Unter den Trümmern der Mühle begraben. Ein orkanartiger Sturm hob die fest verankerte Windmühle in Wildschütz vollständig aus und warf sie um. Der Mann, der im Auftrage des Besitzers das Werk bediente, blieb unerschrocken auf seinem Posten und wurde von der Mühle begraben. [illegible] geholt, kam er bald wieder zum Bewußtsein.

Wittenberg. Schleichhandel mit Getreide. Bei einem Handwerker in der Jüdenstraße sind von der Polizei vier Zentner Roggen beschlagnahmt worden, da der Roggen offensichtlich auf unrechtmäßige Weise erworben ist, und im Wege des Schleichhandels verschoben werden sollte. Ueber den Erwerb des Roggens behauptet der Besitzer, diesen von einer „Unbekannten" erhalten zu haben, um ihn mahlen zu lassen."

— Schaufensterdiebstahl. Aus dem Schaufenster des Uhrmachers Köhler, Markt 23, hat ein bisher noch nicht ermittelter Dieb eine Tafel, auf der 36 silberne Ringe à 3 Mk. zur Schau ausgelegt waren, gestohlen. Der Diebstahl ist dadurch ausgeführt worden, daß der Dieb mittels eines Hakens die Tafel aus dem Spalt der zerbrochenen Schaufensterscheibe herausgeholt hat.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 20. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ostende wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern bis spät in die Nacht hinein an. Zu beiden Seiten der Lys, am La Bassée-Kanal sowie zwischen Lens und St. Quentin, hat die Gefechtstätigkeit zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe. Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Maasgebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein—Marne-Kanal ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

*

Großes Hauptquartier, 21. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordöstlich und östlich von Ypern, sowie an der Front von Lens bis Epehy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an. Südlich von Vendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unsere Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In einzelnen Abschnitten der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien. Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg. — In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

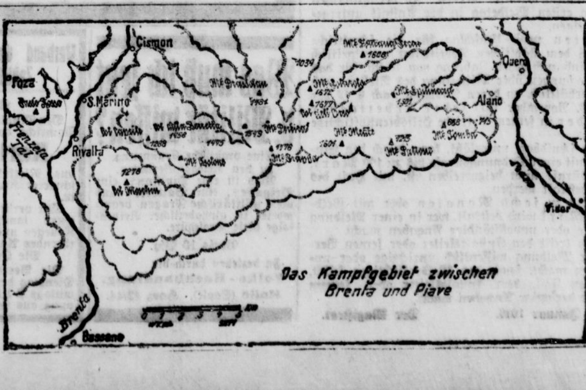
Mazedonische Front. Zwischen Wardar und Doiran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Strumaebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front. Keine besonderen Ereignisse.

Briefkasten der Redaktion.

P. K. in Str. Ist eine Unfallrente einmal rechtskräftig entzogen, so kann sie später von neuem nur wieder verlangt werden, wenn von einem Arzt bescheinigt wird, daß sich inzwischen der Zustand des Verletzten verschlimmert hat und von neuem die Unfallsfolgen eine meßbare Schädigung der Arbeitsfähigkeit verursachen. Diese Bescheinigung ist dem Antrag an die Berufsgenossenschaft beizulegen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.



Das Kampfgebiet zwischen Brenta und Piave

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. ½8 Uhr.
Gastspiel der Operetten-Gesellschaft
Kurt Olfers mit **Gustav Bertram** als Gast.
Heute, zum 1. Mal:

Der Favorit.

(Der Frauengünstling.)
Operette von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk.
Musik von Robert Stolz.
Hauptgesänge:
1. Das ist der Tip, der uns vom Glück geboten.
2. Weiber, süsse kleine Weiber, ihr wart meine Zeitvertreiber.
3. Nur bis zum Haustor nehm' ich Dich mit.
4. Kleine Füss' sind für Männeraugen stets ein Paradies.
5. Du sollst der Kaiser meiner Seele sein.
6. Bis Nacht um zehn, da kann nix g'scheh'n.
7. Linchen, Linchen, sei lieb zu mir.
8. Komm mit mir, netter Käfer du. 3615

Kasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

Germania-Lichtspiele.
Inhaber: Theo Dettmeyer.
Triftstrasse 22. Triftstrasse 22.
Heute neues Programm:
Die aus dem Jenseits kommen.
Drama in 4 Akten. 3611
Dunkle Existenzen und mehr.
Drama in 2 Akten.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich: 3410
Künstler-Konzert.
Ergebenst ladet ein Frau Elsa Beth.

3402 Achtung! Neu! Neu!

Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: Gr. Konzert der Hauskapelle.
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Kleider- und Kostümstoffe
in Wolle — Seide — Samt — Schleierstoff.
Grosse Auswahl — Vorteilhafte Preise 3607
im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstr. 87.

Das Landesamt für Nahrmittel und Eier ... Kinder unter zwei

Kartoffelacker

am Röpziger- und Schwarzenwege vergibt
O. Schreiber, Schmiedstraße 20. 3614

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Verkauf von Zichorie
in der Talamtschule am Dienstag den 22. Januar 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 10 501—15 500 vormittags von 8½—12 Uhr und die Nummern 15 501—21 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Jede Person eines Haushaltes kann ein Paket, zum Preise von 1.40 M. für das Paket, erhalten.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 21. Januar 1918. Der Magistrat.

Verkauf von kondensierter Milch und Milchpulver.

Am Dienstag, dem 22. d. M., wird in der Talamtschule der Verkauf von kondensierter Milch und von Milchpulver fortgesetzt und zwar: vormittags von 8½ bis 12 Uhr für die Haushalte mit dem Lebensmittelschein Nr. 10 501 bis 15 500, nachmittags von 2 bis 6 Uhr für die Haushalte mit dem Lebensmittelschein Nr. 15 501 bis 21 000. Abgegeben werden: Für Einzelpersonen und Haushalte mit 1 bis 2 Angehörigen 1 Büchse kondensierter Milch zum Preise von 1,90 Mk. oder eine Flasche kondensierter Milch zum Preise von 2,40 Mk. Größere Haushalte können für die ersten zwei Personen die gleiche Menge beziehen, für jede weitere Person wird ein Paket Milchpulver zum Preise von 0,40 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittelscheines. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Die Gebrauchsanweisung für das Milchpulver ist am Sonnabend, dem 19. d. M., bekanntgegeben worden.

Halle, den 21. Januar 1918. Der Magistrat.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrates über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 (R.-G.-B., S. 607 und 728) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Alle Unternehmer oder Leiter von Betrieben in Halle, in denen Milch erzeugt wird, ferner alle Personen, welche Milch im Handel oder gemeinnützig abgeben, werden hiermit aufgefordert, binnen 3 Tagen anzugeben, wieviel Milch sie an den einzelnen Tagen vom 14.—20. Januar 1918 an Verbraucher abgegeben haben, ferner wieviel Milch sie an diesen Tagen bezogen haben und von wem.

Für die Anmeldungen werden im Stadternährungsamt (Marktplatz 22, Zimmer 35) Vordrucke ausgegeben.

§ 2. Die Milchabgeber in Halle haben zugleich mit den Anmeldungen gemäß § 10 der Verordnung des Magistrats vom 10. November 1916 anzugeben, wie viele Kunden bei ihnen angemeldet sind, wie groß die Milchmenge ist, welche an die Kunden abgeliefert werden soll und welche Mengen tatsächlich an die Kunden geliefert worden sind. Alle diese Angaben sind getrennt für Inhaber von Vollmilchkarten von Gelegenheitskarten zu machen.

§ 3. Wer diese Anmeldungen unterläßt, wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 17 der oben genannten Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder an Geld bis 1500 Mark bestraft.

Halle, den 21. Januar 1918. Der Magistrat.

Alte Promenade IIa. Fernruf 5738.
U.T
Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224. 3616

Lotte Neumann
in: Der schwarze Pierrot.
Filmschauspiel in 4 Akten.
Hundesperre und Liebe.
Lustspiel in 2 Akten mit Melitta Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.

Bruno Decarli
in: Vertauschte Seelen.
Phantastisches Schauspiel in 4 Akten.
Paul Heidemann
in: Paul und Teddy.
Lustspiel in 3 Akten.

Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.)
Halle, Harz 42/44
empfiehlt sich zur Herstellung aller Art von
Druckarbeiten
bei reeller Bedienung und zivilen Preisen.
3617

Partei-Schriften empfiehlt die Volks-Buchhandlung.

Meldung der Hilfsdienstpflichtigen.

Die im vorigen Monat ausgesetzte Annahme der Meldungen Hilfsdienstpflichtiger wird am 23., 24. und 25. d. M. wieder aufgenommen. Es haben sich zu melden:
am Mittwoch, den 23. Januar, die Jahrgänge 1881 bis 1886,
am Donnerstag, den 24. Januar, die Jahrgänge 1887—1893,
am Freitag, den 25. Januar, die Jahrgänge 1894 bis 1900 (einschließlich).

Die Meldungen werden im städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, entgegengenommen, und zwar für die mit den Anfangsbuchstaben A—K beginnenden Hilfsdienstpflichtigen in der Zeit von ½9 bis 12 Uhr vormittags, für die, deren Namen mit den Buchstaben L—Z beginnt, in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags. Meldepflichtig sind:

1. alle männlichen Deutschen der Jahrgänge 1881 bis 1900 (einschließlich), soweit sie nicht a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören, oder b) auf Grund einer Reklamation vom Dienst im Heere oder in der Marine zurückgestellt sind.

2. alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie der Jahrgänge 1881 bis 1900 (einschließlich), soweit sie im Gebiete des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Nicht nochmals zu melden brauchen sich diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die sich bei der ersten Eintragung auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 1. März 1917, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Reichsgesetzblatt Seite 202) oder spätere aus Anlaß eines Stellen- oder Wohnungswechsels bei der von der Ortsbehörde angegebenen Stelle oder beim Einberufungsausschuß gemeldet haben und dies durch Vorlegung des gestempelten Abreißstreifens der Meldekarte nachweisen können. Wer den Abreißstreifen nicht mehr besitzt, muß sich also nochmals melden. Verpflichtet zur Meldung sind auch diejenigen, welche nach § 5 der Verordnung vom 1. März 1917 von der Meldepflicht befreit waren, soweit sie sich nicht aus Anlaß eines Stellen- oder Wohnungswechsels gemeldet haben und dies durch Vorlegung des gestempelten Abreißstreifens der Meldekarte nachweisen können.

Von der persönlichen Meldung ist befreit, wer sich bis zum 26. Januar schriftlich unter ordnungsmäßigere Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldekarte meldet. Die schriftliche Meldung erfolgt durch Angabe der ausgefüllten Meldekarte bei dem städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, oder durch Abgabe der ausgefüllten Meldekarte in offenem an diese Stelle adressiertem, unfrankiertem Umschlag bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Aushändigung der von dem Meldepflichtigen vorher auszufüllenden und von der Empfangsstelle oder der Postanstalt (Postagentur) gestempelten Meldebestätigung (Abreißstreifen der Meldekarte). Diese Bestätigung ist sorgfältig aufzubewahren. Die Abgabe der ausgefüllten Meldekarten bei dem städtischen Arbeitsamt oder bei der Postanstalt (Postagentur) kann auch durch einen Beauftragten, z. B. den Arbeitgeber, bei Beamten insbesondere auch durch die vorgesetzte Dienstbehörde, erfolgen. Die Aufbewahrung der Meldebestätigung ist Sache des Meldepflichtigen selbst.

Für die in öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) hat der Anstaltsleiter oder der von ihm dazu bestellte Vertreter die Meldung schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldekarte bis zum 26. Januar entweder durch Abgabe der Karten bei dem städtischen Arbeitsamt oder durch Abgabe der Karten in offenen, an diese Stelle adressierten, unfrankierten Umschlägen bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Aushändigung der Meldebestätigungen vorzunehmen. Die Abgabe kann auch durch einen Beauftragten erfolgen. Die Meldungen können auch auf Listen erstattet werden. Zu berücksichtigen sind hierbei alle am ersten Meldetag in der Anstalt untergebrachten Meldepflichtigen.

Die Meldekarten nebst Umschlag für die schriftliche Meldung werden bei dem städtischen Arbeitsamt unentgeltlich ausgegeben. Dort sind auch gegen Zahlung von 10 Pf. für das Stück die Bekanntmachungen über Mitteilung des Stellen- und Wohnungswechsels erhältlich, zu deren Aushang nach § 12 der Verordnung vom 13. November 1917 jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, der in seinem Betriebe Hilfsdienstpflichtige beschäftigt.

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann durch den Einberufungsausschuß mit einer Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark, und wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden.

Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird bestraft, wer in einer Meldung wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Die gleiche Strafe trifft den Anstaltsleiter oder seinen Vertreter, der in einer Meldung wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, sowie den Meldepflichtigen selbst, der in einem solchen Falle dem Anstaltsleiter oder seinem Vertreter gegenüber derartige Angaben macht.

Halle, den 19. Januar 1918. Der Magistrat.

3608 **Damenblusen**
in selten schöner Auswahl, i. Wolle, Seide, Schleierstoffen. Waschstoffen und Samt, hell, dunkel, gemustert, auch schwarz, 4.85–38.75 Mk.
Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Arbeitsmarkt

Zum 1. Februar suchen wir für
Schraplau
eine zuverlässige
Zeitungsträgerin.
Meldungen sind zu richten an den bisherigen Austräger, Gen. Bösel oder an den F
Verlag Volksblatt, G. m. b. H.
Halle a. S., Harz 42/44.

Leute
zum Fensterputzen gesucht, nicht unter 17 Jahren. *1920
Vereinigte Glasermeister,
Halle a. d. S., Harz 23.

Maler-Lehrling
sucht zu Ostern
Fritz Schelzius, Malermeister,
*1918 Sangerhausen.

Zuverlässigen älteren
Geschirrführer
*1868 sucht
A. W. Haase, Merseburgerst. 158.

Arbeiter
zum Fensterputzen, als Vorarbeiter sich eignend, gesucht, evtl. Kriegsbeschädigte. *1919
Vereinigte Glasermeister,
Halle a. d. S., Harz 23.

Apollo-Theater.
Täglich, abends ¼8 Uhr:
Mit ungeheurem Erfolg!
3618 „Die **Kinokönigin**"
Operette in 3 Akten v. Okonkowsky und Freund.
Musik v. J. Gilbert.
1. Akt: D. Stelldich. i. Fahrstuhl.
2. Akt: Die Flimmerkiste.
3. Akt: Wenn der Mondschein lacht.
Vorverkauf eine Woche im voraus, täglich 9—1 u. 5—½7 Uhr.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Dienstag, den 22. Januar 1918:
Anf.: 7½ Uhr. Ende: 10 Uhr.
Ein Volksfeind.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Henrik Ibsen.

Mittwoch, den 23. Januar 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Aschenbrödel.
3609 Abends 7½ Uhr:
Die Geschwister, Susannens Geheimnis, Tanzbilder.

Hautcrem
wie im *1921
Frieden.
Offeriere ca.
1500 Tuben.
Reich fetthaltig u. angenehm im Gebrauch.
Jeder Versuch überzeugt.
Schwanen-Drogerie, Halle a. S.
Kleinverkauf auf meinen Lagerräumen, Gr. Brauhausstr. 9, vorm. 9—12, nachm. 3—5.
Wiederverkäufer erh. übl. Rabatt.

! Alkoholfrei ! Alkoholfrei !
ff. Gewürz-Punsch,
Pfefferminz-Likör,
Boonekamp,
Aromatique,
empfehlen größere Posten
C. A. Krammisch, G. m. b. H.
Preis 75 Pfg.
Komptoir und Kellereien. *1917
Eingang: Große Brauhausstraße.

Möbel, Betten, Pfandscheine
3424 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kleine Klausstraße 6.

Familien-Nachrichten.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir am 18. Januar die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, unser unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Musketier

Alfred Salzer,

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse und des Anhaltischen Friedrich-Kreuzes,
nach 36monatlichem Kampfe im Alter von 31 Jahren am 10. Januar infolge einer Granatsplitterverletzung an der Brust ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Am 12. ds. Mts. wollte er seinen Urlaub antreten.

In tiefstem Schmerz:
Frau **Anna Salzer** geb. **Kühne** u. Kinder,
Lerchenfeldstraße 11,
Familie **Robert Salzer,** Königstraße 2,
nebst allen Angehörigen.
Zurzeit noch zwei Brüder im Felde! 3610
Geliebt, beweint und unvergessen!

Was muß ich jetzt v. Militär wissen?
Eine praktische Ergänzung zu den Kriegs-Berichten.
Was ist eine Division?, eine Brigade?, eine Batterie? und viele militärische Fragen beantwortet in alphabetischer Reihenfolge diese Broschüre.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Halle.

Nachruf.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege
Karl Möller
aus Nietleben nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. 3612
Wir verlieren in demselben einen langjährigen, treuen Kollegen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.
Die Beerdigung findet am Dienstag den 22. Jan., nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0004

Zensur.

Verhandlungen des Reichstags-Hauptausschusses.

In der fortgesetzten Debatte am Freitag führte Abg. **Ebert** (Soz.) aus: Mit einem bitteren Gefühl geht man an diese Frage heran, in der der Reichstag eine klägliche Rolle spielt. Es ist nicht besser geworden. Heute herrscht ein **System der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Begünstigung der Annektionisten.** Der alldeutschen Presse hat man die Besprechung der Angelegenheit **Ludendorff** gestattet, **der andersgesinnten Presse hat man jede Erörterung verboten. Tirpitz** greift aggressiv in die Politik ein, vor Angriffen **schützt ihn die Zensur,** obwohl er den Depeschensturm auf den Kanzler organisiert hat. Flugblätter beschimpfenden Inhalts dürfen an der Front verbreitet werden, die Rede Scheidemanns aber ist noch immer verboten, wie auch andere Flugschriften für einen Verständigungsfrieden verboten werden.

Beschwerden nützen gar nichts,

sie werden einfach dem Generalkommando zur Erledigung überwiesen, gegen das sich die Beschwerde richtet. Damit verklagt man den Teufel bei seiner Großmutter. Allerdings kein Wunder, angesichts der Tatsache, **daß der Kriegsminister der schärfste Gegner der Reichstagsmehrheit ist.** Redner trägt eine Reihe Fälle vor, um das Treiben der Zensur zu beleuchten. Generalkommandos haben verboten, Mitglieder für politische Parteien im Heere zu werben, für die Vaterlandspartei aber wird im Heere die weitgehendste Agitation betrieben. **Der Kriegsminister hat einen geheimen Erlaß hinausgegeben, wonach die Vaterlandspartei keine politische Partei sei,** Heeresangehörige also Mitglieder werden könnten. Tatsächlich ist diese Partei eine parteipolitische Organisation, eine Auffassung, die auch der bayerische Kriegsminister teilt. Im Felde hat man sogar Aufrufe für den Beitritt zur Vaterlandspartei in den Mannschaftsräumen angeschlagen. Vielfach wird **ein Druck zum Beitritt ausgeübt,** Beitrittserklärungen werden in den Schreibstuben entgegengenommen. Bei der 5. Kompagnie des Landwehr-Inf.-Regiments 77 läßt der Kompagnieführer Einzeichnungslisten im Schützengraben herumgehen. Selbst der Militärgottesdienst wird zur Agitation benutzt. Andererseits treibt man Schnüffelei gegen die Mannschaften, indem man festzustellen versucht, welche Zeitungen die Soldaten lesen. Beim Oberkommando der zweiten Armee wird in einem **geheimen Befehl** verlangt, die

Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zu unterdrücken

und die eingehende **Post** der Mannschaften genau zu beobachten. **Das ist eine unerhörte Spitzelwirtschaft,** mit der man die Manneszucht bestimmt und sicher untergräbt. Unsere Presse steht unter Zensur, im Felde übt man die Zensur noch einmal, insbesondere gegen den Vorwärts. Einige Kommandostellen verbieten direkt die sozialdemokratische Presse, z. B. bei einem Berliner Garderegiment. Andere militärische Stellen **verbieten den Mannschaften, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten.** Was ist das für ein Vorgehen gegenüber gereiften Männern? In welche Rolle kommt der Parlamentarier, wenn er geradezu als **anrüchig** bezeichnet wird. **Am 7. Januar ging ein Funkspruch an die Divisionen im Westen, in dem Auskunft gefordert wird über die Meinung der Offiziere und Mannschaften über die Verhandlungen in Brest-Litowsk.** Solche Berichte sind erstattet worden, **ohne** die Mannschaften zu **fragen.** Man hat in einem Falle einfach einen die Mehrheit des Reichstages **beschimpfenden Regimentsbefehl verlesen und dann behauptet, das sei die Meinung der Mannschaften!** Zu dem [illegible] sonders in den Bezirken **Breslau** und **Magdeburg.** Das Kriegsministerium hat das **gebilligt,** die Vaterlandspartei aber **darf** ungehindert öffentliche Versammlungen in diesen Bezirken abhalten. **In Magdeburg und Halle verbietet man die Ankündigung von Versammlungen, solange sie nicht genehmigt sind.** Sozialdemokratische Redner sollen

ihre Reden wörtlich vorlegen,

von Rednern anderer Parteien verlangt man das **nicht. General Sontag in Magdeburg hat in einer Bekanntmachung sogar die Todesstrafe angedroht beim Auftreten von Unruhen!** Wie muß das auf das Ausland wirken!

Kriegsminister v. Stein erklärt, daß er seinen Erlaß, die Vaterlandspartei betreffend, **zurückgezogen** habe, nachdem er überzeugt worden sei, daß diese Partei als **politische Partei** zu bewerten sei. Auf seine Aufforderung hin verliest Major Grau den Erlaß über die Zensur, wonach das Verbot von Zeitungen nur **auf wenige Tage** ausgesprochen werden darf. Dann fortfahrend, erklärte der Kriegsminister, daß die Zensur allerdings niemals befriedigen werde. Mißgriffe werden nie ganz vermieden werden können. Die Feinde seien gegenwärtig bestrebt, unser Heer ungünstig zu beeinflussen, und aus diesem Grunde sei es notwendig, alles zu tun, um die schädlichen Wirkungen eines solchen Einflusses auszuschalten.

Abg. v. **Graefe** (Kons.) beklagt sich über die Beschränkung der Vaterlandspartei durch die Zensur. Dem Vorwärts lasse man in der Bekämpfung der Vaterlandspartei den weitgehendsten Spielraum, die Vaterlandspartei selber werde aber in der Verteidigung ganz erheblich beschränkt. Wenn einzelne Unterbefehlshaber für die Vaterlandspartei eingetreten seien, so dürfe man das nicht verurteilen. Sozialdemokratische Soldaten seien mit der Mehrheit des Reichstages keineswegs einverstanden.

General v. **Wrisberg:** Entweder die Versammlungen werden **alle** erlaubt oder nur **teilweise.** (Stürmische Heiterkeit.) Die Entscheidung muß **den Generalen** überlassen bleiben. Das Kriegsministerium hat Richtlinien herausgegeben, **alle Parteien gleich** zu behandeln. Der Vaterlandspartei werden keine öffentlichen Versammlungen gestattet.

Admiral **Hobbinghaus:** Daß die Marineverwaltung Maßnahmen ergriffen habe, um Tirpitz zu schützen, sei **unzutreffend.**

Major **Grau** bespricht die einzelnen Zensurfälle und behauptet, daß die Presse jetzt mit der Zensur zufrieden sei. Der Verbreitung der Rede des Abg. Scheidemann stehe nichts mehr im Wege, das Verbot sei jetzt **aufgehoben.**

Am Sonnabend wurde die Aussprache fortgesetzt. Abg. **Heine** brachte einen Antrag zur „Regelung" des Belagerungszustandes ein, der einem Unterausschuß von zehn Mitgliedern überwiesen wurde. Den Bericht darüber geben wir in nächster Ausgabe.

Nächste Sitzung Dienstag.

Ums tägliche Brot.

Witterung und Feldbestellung.

Ueber den Einfluß des schneereichen Winters auf die Feldbestellung wird berichtet: „Der Winter erweist sich im Durchschnitt strenger als die meisten des letzten Jahrzehnts. Das vorübergehende Tauwetter hat die Schneedecke der Felder zwar verringert, kaum irgendwo aber völlig dahinschwinden lassen und hat vor allem nirgends den Boden so erweicht, daß ein Pflügen in größerem Maßstabe auch dann nicht hätte stattfinden können, wenn nicht ein neuer Witterungsumschlag rasch wieder Schnee in großen Massen und tiefe Temperaturen gebracht hätte. Die Bestellung mit Wintergetreide ist, wie bereits mehrfach erwähnt, zwar etwa im vorgesehenen Umfange erfolgt; im Interesse der Bestellung mit Sommersaat aber wäre es recht erwünscht, wenn noch eine oder einige längere Perioden milden Wetters den Winterfrost unterbrächen und eine Weiterführung des Pflügens ermöglichten. Der scharfe Frost, dem übrigens nach der augenblicklichen Wetterlage neues Tauwetter zu folgen scheint, wird den ziemlich allgemein recht kräftig in den Winter gekommenen Roggensaaten nicht viel geschadet haben, dagegen ist es nicht unmöglich, daß hier und da spät in die Erde gekommener Weizen gelitten hat und umgepflügt werden muß; Klarheit darüber kann natürlich erst eine spätere Zeit schaffen. Für die Zufuhren ist der Witterungscharakter der letzten Zeit [illegible] lar gemacht hat. Zeitweilig kamen trotzdem besonders Weizen und Roggen in größeren Mengen heran. Die Zweifel, ob sich das Programm des K.-E.-A.: restloser Ausdrusch und Ablieferung der Ernte bis 31. Januar tatsächlich wird durchführen lassen, sind angesichts der Witterungsgunst des Winters gewachsen."

Kohlen in Hülle und Fülle.

Während in ganz Deutschland die Kohlennot sich immer empfindlicher bemerkbar macht, kommt aus dem Ruhrkohlenbezirk die Nachricht, daß dort schon seit geraumer Zeit die Kohlenförderung die Abfuhrmöglichkeit übersteige und daß Brennstoffe „in Hülle und Fülle" vorhanden wären. Es ist die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, der das gemeldet wird, und in deren Spalten die Ursachen der Kohlennot ausführlich dargelegt werden. Es heißt, wenn Kohlenmangel eingetreten sei, so sei das eine Folge der **Verkehrsschwierigkeiten.** Der Absatz stehe beständig unter dem Drucke des Wagenmangels, der immer noch denselben Umfang wie im Herbst habe. In den Wintermonaten komme dazu noch das Versagen der **Wasserstraßen** infolge des Frostes. Der Rhein sei so stark gefallen, daß fast alle Kohlenkähne geleichtert werden müßten. Wenn die Ausfälle in der Wagengestellung nachließen, würden die Zechen in die Lage versetzt werden, mit ihren großen Lagerbeständen viele Lücken schnell auszufüllen. Wir wissen nicht, wie weit diese Meldung den Tatsachen entspricht. Die Kohlennot begann schon im Frühjahr vorigen Jahres, obwohl die Wasserstraßen bis zum Winter voll ausgenutzt werden konnten. Freilich, Deutschland hat einen Mangel an Schiffahrtskanälen. Jetzt rächt sich die kurzsichtige Verkehrspolitik der preußischen Junker, die darin bestand, großzügige Kanalbauten zu verhindern.

Die Schließung der Konditoreien in Frankreich. Aus Paris wird berichtet, daß die Schließung der Zuckerbäckereien in Frankreich 80 000 Personen beschäftigungslos gemacht habe und dem Staate 180 Millionen Frank Entschädigung auferlege.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Januar 1918.

Steuern und Kriegsteilnehmer.

Für jeden Kriegsteilnehmer ist es von Wichtigkeit, zu wissen, daß bei Berechnung der Staatseinkommensteuer stets das **Militäreinkommen** aller aktiven Angehörigen von Heer und Marine **außer Ansatz zu lassen** ist. Das gilt auch für die Landsturmpflichtigen, und zwar solange sie zu einem in der Kriegsformation befindlichen Teil des Heeres oder der Marine gehören. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage des Eintritts in das Heer in Kraft.

Die **Besteuerung des Zivileinkommens** der Kriegsteilnehmer erfährt in den meisten deutschen Bundesstaaten insofern eine Aenderung, als für sie die **Grenze des steuerfreien Einkommens erheblich erweitert** ist. Für Nichtkriegsteilnehmer bleibt ein Einkommen steuerfrei, das eine in den einzelnen Bundesstaaten zwischen 300 und 900 Mark schwankende Höhe nicht überschreitet. Für die Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, solange sie sich im Kriegsdienst befinden, bleibt ein erheblich höheres Einkommen von der nach dem Einkommensteuergesetz veranlagten Steuer befreit. Nach einer Rundfrage, die von der Zentralstelle der Lazarettberatung des Roten Kreuzes Frankfurt veranstaltet wurde, bestehen für die Steuerpflicht der Kriegsteilnehmer in den deutschen Bundesstaaten folgende Bestimmungen:

Es bleiben steuerfrei (oder es bleibt die veranlagte Steuer unerhoben) in Mecklenburg, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe Einkommen bis 1500 Mark, in Schwarzburg-Sondershausen bis 2000 Mark, in Reuß j. L. bis 2400 Mark, in Hessen bis 2600 Mark, in **Preußen,** Sachsen-Weimar, Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Lippe-Detmold und Lübeck bis 3000 Mark, in Württemberg bis 3200 Mark, in Oldenburg bis 3600 Mark. In Reuß ä. L. ist steuerfrei bei Unverheirateten ein Einkommen bis 1200 Mark, bei kinderlos Verheirateten bis 2000 Mark, bei Verheirateten mit zwei Kindern [illegible] bis 2400 Mark, mit vier Kindern 2700 Mark, mit mehr Kindern 3000 Mark, wobei jedoch bei Unteroffizieren ohne Portepee um 200 Mark geringere Sätze gelten und Unteroffizieren mit Portepee Befreiung nicht zusteht (dabei ist jedoch Voraussetzung, daß der Kriegsteilnehmer nicht über 40 000 Mark Vermögen hat). In Sachsen-Koburg-Gotha ist ein Einkommen von Kriegsteilnehmern bis 1800 Mark steuerfrei, doch sollen auch die Steuern von Kriegsteilnehmern mit Einkommen über 1800 Mark auf Antrag gestundet werden. Keine Ausnahme-Bestimmungen hinsichtlich der Steuer von Kriegsteilnehmern kennen Bayern, Sachsen, Baden, Schwarzburg-Rudolstadt und Waldeck, so daß hier der Kriegsteilnehmer, abgesehen von seinem Militär-

---

Der Sonnenwirt.

66]

Roman von **Hermann Kurz.**

„Hast's so übrig?" fragte der Vater, indem er den Löffel niederlegte, den er mit dem besten Appetit zu handhaben begonnen hatte. Das Essen wollte ihm nicht mehr recht schmecken. „Du bist mir der recht' zum Obenaussein," setzte er hinzu.

„Dann hätt' das Geld wenigstens **mir** gehört," maulte der Knecht, „denn ohne mein' Beistand kann man nicht wissen, wie das Ding ausgegangen wär'."

„Warum hast's nicht genommen?" sagte Friedrich. „Ich hätt's dir nicht mißgönnt."

„Such', Johann, such'!" rief der Sonnenwirt. Aber der Knecht war schon aufgesprungen, und man hörte ihn die Treppe hinunterpoltern. Nach einer guten Weile kam er finster zurück und sagte: „Ich hätt' mir's schon denken können, daß so was nicht lang' liegen bleibt. Wer's aber genommen hat, ist ein Dieb. Der soll mir kommen. Ich werd's schon rausbringen, wer den gelben Vogel im Käfig hat. Der Fischerhanne, der ist, glaub' ich, am nächsten dabei gestanden. Dem wassergrünen Spitzbuben werd' ich aufpassen."

„Schäm' dich, Johann," sagte Friedrich, „daß du dein' Nebenmenschen schlecht machst, eh' du weißt, ob er's ist. Der Fischerhanne ist nicht mein Freund und wird's auch nicht werden, aber ich tät mich doch zweimal besinnen, eh' ich ihn einen Dieb hieß' ohne allen Grund und Beweis. Und dir hat er nie was zuleid getan. Esel, warum hast du das Geld nicht gleich aufgehoben?"

Der Knecht sah ihn giftig an und murmelte halblaute Flüche in seine Suppe hinein.

„Das Aufheben wär' an **dir** gewesen, du hochmütiger Herr," sagte der Sonnenwirt zu seinem Sohne. „Du nimmst, wo du nichts anrühren soll'st, und läßt liegen, was dein ist."

Friedrich schwieg. Er hatte einem Advokaten in Göppingen geschrieben, ob er sich nicht seiner annehmen und seine Sache gegen seinen Vater führen wolle. Inzwischen gedachte er jeden unnützen Streit mit diesem zu vermeiden und sich, so lange er ihm sein mütterliches Erbe nicht herausgab, als Kind von ihm ernähren zu lassen, was er ihm durch seine Dienste hinlänglich zu vergelten glaubte; denn wenn er auch mitunter, von Zorn und Ueberdruß ergriffen, in seiner Arbeit nachließ, so meinte er sich doch das Zeugnis geben zu dürfen, daß sein Vater mit Unrecht über solche Unterbrechungen klage, die im Vergleich mit seinem sonstigen Fleiß und Eifer kaum in Rechnung zu bringen seien.

Der Sonnenwirt schwieg gleichfalls und beschäftigte sich wieder mit dem Essen. Im ganzen hatte er doch keinen Grund, sich den Appetit vergeben zu lassen. Sein Sohn hatte dem Herzog einen nicht unbedeutenden Dienst geleistet, der jedenfalls der Sonne zustatten kommen mußte. Konnte dieses Ereignis aber nicht vielleicht auch das Glück des jungen Menschen machen und ihn sogar aus seiner verkehrten Richtung herausreißen? Der Herzog war gegen seine Gewohnheiten weggefahren, ohne ein Wort zu verlieren; denn wenn er auch das Land wenig schonte, so pflegte er doch den Leuten ein gut Gesicht zu machen und konnte mit dem Geringsten im Volke freundlich reden. Nach einigen Tagen, auf der Rückfahrt, oder auf einer späteren Durchreise, falls er diesmal einen andern Rückweg einschlug, fragte er gewiß nach dem Jüngling, dessen kräftiger Arm ihn vor einer Gefahr bewahrt hatte, und je kleiner dieser sein Verdienst machte, desto höher konnte er in der Gunst des Herrn steigen. Posthalter von Ebersbach! Der Alte konnte diesen Gedanken nicht aus dem Kopfe bringen. Da war aber freilich immer wieder diese fatale Liebschaft im Wege.

Während der Sonnenwirt solchen Gedanken nachhing und dazwischen wieder dem Essen zusprach, dachte sein Sohn an nichts, als daß morgen der dritte Sonntag sei, an welchem er hätte proklamiert werden sollen, und daß heute die Antwort auf seinen Brief aus Göppingen eintreffen müsse. Um dieselbe geheim zu halten, hatte er nicht die Post, sondern einen Bekannten benützt, der in Geschäften droben war und zu dieser Stunde zurückkommen sollte. Er stand vom Essen auf und ging die Straße hin, um den Brief in Empfang zu nehmen, mit welchem er sodann unter die Erlen an dem Flüßchen eilte. Der Advokat schrieb, er mische sich nur höchst ungern in Händel zwischen Kindern und Eltern, zudem scheine ihm die Sache sehr verwickelt, der Ausgang ungewiß, und ohne einen Vorschuß konnte er sich nicht in die Geschichte einlassen. Abermals eine vereitelte Hoffnung! Er knirschte mit den Zähnen, schüttelte einen alten Weidenbaum, daß er in den Wurzeln krachte, und ging kranken Herzens, denn jetzt wußte er nicht mehr, womit er Christinens tägliches Wimmern stillen sollte, in das väterliche Haus zurück.

Er war dort heute nicht weniger als überflüssig. Dieselbe Straße, auf welcher des Herzogs leichte Kaleschen den Staub aufgewirbelt hatten, kamen jetzt schwere Frachtwagen langsam vor die Sonne dahergefahren. Friedrich half die Pferde ausschirren und versorgen. Dann ging es an die leibliche Pflege der Fuhrleute, die keine geringen Ansprüche machten und mehr Geld sitzen ließen, als der Herzog samt seinem ganzen Hof. Hier war die Sonnenwirtin an ihrem Platze. Sie wußte nicht bloß das Bedürfnis und den Geschmack der Gäste zu befriedigen, sondern auch eine Unterhaltung mit ihnen zu pflegen, bei welcher wenigstens der Verstand nicht zu kurz kam, so daß einst ein Fuhrmann zu seinen Gefährten sagte: „So lieb mir Herz und Nieren sind, so möcht' ich doch der Sonnenwirtin ihr Herz nicht fressen, denn warum? Sie hat eben kein Kalbsherz, aber ihr Hirn, das tät mir, glaub' ich, schmecken, und bin doch dem Kalbskopf feind."

Kaum waren die Fuhrleute bedient und zum Teil nach ihren Rossen zu sehen gegangen, so kamen abermals Gäste, und zwar diesmal zu ungewohnter Stunde aus dem Flecken selbst. Es war der junge Müller Georg, den wir kennen, mit einem Mädchen von nicht ungefälligem Aussehen, das er als seine Braut vorstellte, und einem Schwarm von Sippschaft aus benachbarten Orten hinterdrein, worunter sich auch der Knecht des anderen Müllers befand. Er gehörte, wie sich aus dem Gespräch ergab, zur Verwandtschaft und hatte als Unterhändler dieses Verlöbnis zustande bringen helfen, daher er billig beim Brauttrunke sich mitfreuen durfte. Die vergnügte Miene des Müllers verriet es, und derbe Andeutungen der anderen Verwandten sagten es noch lauter, daß die Braut „Batzen" habe. Ehe die Gäste sich setzten, fand eine lange Begrüßung statt, bei welcher der Sonnenwirt in ehrerbietigerem Tone als gewöhnlich und die Sonnenwirtin mit sauersüßem Gesichte dem Müller Glück wünschten. „Ja, ja," sagte diese, „jetzt habt Ihr das recht' Wasser auf Eure Mühle gefunden; der Silberbach, nicht wahr, der wird sie besser treiben, als der Ebersbach?" Die ganze Verwandtschaft lachte sehr geschmeichelt zusammen. Nun trat auch Friedrich zu dem jungen Manne, den er trotz jener Husarenjagd wohl leiden konnte, obgleich er in letzter Zeit mit ihm, der sehr eingezogen lebte, nur selten in Gesellschaft gewesen war. Er schüttelte ihm die Hand, begrüßte die Braut gleichfalls und brachte seinen Glückwunsch mit wenigen, aber herzlichen Worten an. „Jetzt tu' Wein her, Frieder, und das nur g'nug!" sagte der Müller. „Heut' lass' ich alle Gäng' los! Du mußt auch mittun, wir haben schon lang nicht mehr miteinander getrunken."

„Ja, ich will so frei sein," erwiderte er freundlich und eilte in den Keller.

„Ihr habt heut' 'n Glückstag gehabt, Herr Sonnenwirt," begann der Bräutigam, als die Gesellschaft, den Wirt und seine Frau mit eingeschlossen, an dem runden Tische Platz genommen hatte. „Ich bin nicht dabei gewesen, hab's aber gehört. Und der Frieder, das ist ja ein Kerl wie ein Löw'! Nun, der hat die Wurst nach der Speckseit' geworfen; der Herzog wird sich's hinter die Ohren geschrieben haben."

Der Sonnenwirt erzählte unmutig, wie sein Sohn das ihm zugeflogene Goldstück verschmäht habe. Die Gesellschaft hörte mit Verwunderung und Kopfschütteln zu. Die junge Braut lachte überlaut. Dies ärgerte zwar den Sonnenwirt ein wenig, doch glaubte er darin ein Zeichen von vielem Menschenverstand erkennen zu müssen.

„Ja, er ist sein Lebtag ein besonderer Kopf gewesen," sagte der Bräutigam. „Aber das muß man ihm doch lassen, hilfreich ist er und meint's vielmals gut. Denkt's Euch noch, wo er die Schramm' her hat, die man immer noch auf seiner Stirn sieht? Da ist einmal der Totengräber mit seinem Weib mit seinem Mädle am Burggarten 'runtergefahren, haben ein Wägele mit Heu, glaub' ich, geführt, und wie eben die Leut' vergeßlich sind, oder vielleicht auch aus Armut, haben sie keine Kette bei sich gehabt und ein mageres Kühle vorgespannt, und haben die Weibsleut' den Radschuh machen müssen, wie's auch sonst im Leben oft vorkommt."

Die Gesellschaft lachte. „Ist auch oft nötig," rief eine rüstige dicke Frau, die für die Braut den Mund auftat. „Wenn ein Mann kopfüber kopfunter bergabe will, so tut's ihm wohl not, daß er ein tüchtig's Weib hat, das ihm den Rappen anhält und den Wagen sperrt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0005

inkommen, keine Steuerfreiheit genießt. In Hamburg und Bremen hat die Steuerdeputation das Recht, auf Antrag in besonderen Fällen aus Billigkeitsgründen die Einkommensteuer von Militärpersonen zu erlassen oder zu ermäßigen. Aehnlich liegen die Dinge in Elsaß-Lothringen.

Von der Gemeindesteuer ist jeder befreit, der den Wohnsitz (Wohnung) in der Gemeinde aufgegeben hat. Wessen Familie jedoch den Wohnsitz beibehalten hat, ist an sich steuerpflichtig; ebenso hat, wer Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb in einer Gemeinde hat, dafür Grund- oder Gewerbesteuer zu zahlen. Im übrigen gilt in einigen deutschen Staaten für das Einkommen der Kriegsteilnehmer hinsichtlich der Gemeindesteuer das gleiche, wie hinsichtlich der Staatssteuer. In Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Lippe-Detmold, Reuß ä. L., Reuß j. L., Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck ist die Regelung der Frage hinsichtlich der Steuerbefreiung bei Gemeindesteuern der jeweiligen Gemeinde überlassen, der der Steuerpflichtige angehört. In der Regel werden wohl die kapitalkräftigeren Gemeinden von der Erhebung der Steuern im gleichen Maße absehen wie der Staat. In Sachsen-Meiningen ist das Einkommen gemeindeumlagefrei, soweit es eine Höhe von 900 Mark nicht mehr erreicht.

Die Kirchensteuer, die sich nach der Staatssteuer richtet, wird in den meisten Fällen auch dort erhoben, wo die Staatssteuer nicht erhoben wird.

Zur Schrh- und Ledernot

wird uns von einem Schuhmachermeister geschrieben:

In dieser naßkalten Jahreszeit ist einigermaßen gutes Schuhzeug von größter Wichtigkeit, nicht nur, um dem Berufe nachzugehen, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung. — Neues gutes Schuhwerk gibt es wenig zu kaufen, die alten Stiefeln können nicht schnell genug ausgebessert werden, da die Arbeitskräfte fehlen, und auch zu wenig Leder zugeteilt wird. Es wäre richtig, wenn das Leder im Winter nicht gestreckt würde. Soziales Verständnis gibt es eben an maßgebender Stelle nicht, wenigstens nicht in der Schuhbekleidungsfrage. Die Militärbehörden sowie die Aerzte sollten es für ihre vornehmste Pflicht betrachten, die Schuhnot mit lindern zu helfen. Die Militärbehörden dadurch, daß sie die Schuhmacher, welche nicht an der Front verwendet werden, in die Heimat zurückzuschicken; denn bekanntlich werden die Schuhmacher nicht nur in den Bekleidungsämtern, sondern auch als Arbeiter verwendet. Die Aerzte, um schweren Krankheiten vorzubeugen. Dem Schuhmacher trifft wirklich keine Schuld an den gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen. Man gehe nur einmal in die Werkstätten und sehe sich die Berge von Schuhwerk an. Stündlich müssen die Schuhmacher das Klagen und Jammern der armen Leute anhören. — Mir ist bekannt geworden, daß im Ministerium des Innern von den größten Autoritäten der medizinischen Wissenschaft Beratungen stattfinden über geeignete Desinfektionsmittel (!), weil man schwere Krankheiten befürchtet. (?) Wird durch die vielen Unterlassungen in der Schuhversorgung den Krankheiten nicht großer Vorschub geleistet? Man sollte das Uebel an der Wurzel fassen. **Arndt.**

•

Sehr wahr! Diese „Wurzel", von der all die Kriegs- und vielen anderen sozialen Uebel kommen, ist aber letzten Endes unsere ganze vernunftwidrig eingerichtete kapitalistische Gesellschaftsorganisation! Also muß man, wenn man das Uebel an der Wurzel fassen will, ihr den Krieg erklären! Leider vermißt man aber gerade in Handwerkerkreisen noch vielfach dieses folgerichtige und konsequente Denken.

Neue Bekanntmachungen.

Kondensierte Milch und Milchpulver werden am Dienstag [illegible] der Talamtschule auf die Nr. 10501 bis 21000 angegeben.

Zichorie wird am Dienstag in der Talamtschule den Inhabern der Lebensmittelscheine Nr. 10501 bis 21000 verkauft.

* **Das Januarwetter,** dessen Kennzeichen bisher launische Unbeständigkeit war, bewegt sich weiter in Extremen. Nach den rauhen Stürmen der letzten Tage tritt es jetzt plötzlich ganz mild und frühlingsmäßig auf. Vorfrühlingszauber war über dem gestrigen Sonntage gebreitet. Die Sonne strahlte mild und freundlich vom Himmel und ihre erwärmenden Strahlen lockten förmlich zu einem Spaziergange ins Freie. Die Wege nach der Heide waren denn auch mit Spaziergängern belebt. Man freute sich des schönen Tages und war ganz erfüllt und bewegt vom Ahnen des kommenden Frühlings. Lag doch jene Osterstimmung über der Natur, in der Faust den werdenden Frühling mit den sinnig-schönen Worten begrüßt: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden, belebenden Blick" . . . Und in der Tat sind ja auch „Strom und Bäche" vom Eise befreit. Die Saale hat diese „Befreiung" so gründlich vollführt, daß ihr dabei ihre Ufer zu eng wurden und die nicht mehr zu bändigenden Wassermassen weite Strecken Landes überschwemmten. Zwar ist das Hochwasser bereits wieder im Sinken begriffen, aber die Passendorfer Wiesen und auch ein Teil der Peißnitz boten gestern doch noch dem Auge den reizvollen Anblick eines großen Sees. Auch dieser Anblick weckte Frühlingsahnen. Freilich, von diesen frühen Vorzeichen des neuen Erwachens der Natur bis zum eigentlichen Frühling ist ja noch eine ganze Strecke, aber sie beleben doch das Bewußtsein, daß der Winter bereits mit dem Frühling um die Herrschaft zu streiten beginnt . . . Es geht wieder aufwärts! Die Sonne steigt höher und die Tage werden länger. So geht die Natur ihren ewigen unabänderlichen Lauf, unbekümmert um das wahnwitzige Treiben der Menschen, die noch immer nicht von dem unheimlichen und schauerlichen Totentanze und dem furchtbaren Vernichtungstaumel des Kriegs loszukommen vermögen . . . Wann wird die Sonne der Vernunft endlich einmal die bejammerungswürdige Menschheit erleuchten und ihr den ersehnten Völkerfriedens-Frühling bereiten? —

* **Keine Kapitalabfindung für unbebaute Grundstücke.** Das Kapitalabfindungsgesetz soll den Kriegsbeschädigten und den Kriegerwitwen die Möglichkeit geben, sich mit Hilfe eines Kapitals durch Erwerb eines Grundstücks auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum, auf dem sie ansässig sind, zu erhalten und zu verstärken. Diese Absicht ist in der Begründung und Beratung des Gesetzentwurfs unzweifelhaft zum Ausdruck gelangt. Nach einem amtlichen Bescheide würde der Erwerb eines unbebauten, nicht zur Ansiedlung bestimmten Grundstücks damit im Widerspruch stehen. Vor dem Erwerb eines unbebauten Grundstücks zur Errichtung eines Wohnhauses muß deshalb nach einem amtlichen Bescheid besonders auch festgestellt werden, ob die Errichtung des Wohnhauses zu angemessenen Bedingungen, die den wirklichen Verhältnissen des Antragstellers entsprechend vorgenommen werden kann. Auch muß sie innerhalb einer voraussehbaren Frist möglich sein. Wegen der Bauverbote und der sonstigen Schwierigkeiten ist dies jetzt nicht möglich. Weder die Prüfungsstelle, noch die Militärbehörde, noch auch der Antragsteller selbst vermögen sich heute ein sicheres Urteil darüber zu bilden, wann und unter welchen Bedingungen die Bauausführung möglich wird, und ob sie alsdann noch den Wünschen und Interessen des Antragstellers entsprechen wird. Es kann deshalb bis auf weiteres die Kapitalabfindung für den Erwerb unbebauter Grundstücke nicht bewilligt werden.

* **97 Milliarden Postscheckverkehr.** Der Postscheckverkehr im Reichs-Postgebiet hat sich 1917 erfreulich entwickelt. Die Zahl der Postscheckkunden ist von 148 918 Ende 1916 um 40 514 auf 189 432 Ende 1917 gestiegen. Ihr Guthaben hat von 456 Millionen Mark Ende 1916 auf 726 Millionen Mark Ende 1917, also um rund 260 Millionen Mark zugenommen. Der Gesamtumsatz betrug 97,146 Milliarden Mark, das sind gegen das Vorjahr 33,664 Milliarden Mark oder 58 v. H. mehr. Bargeldlos wurden 72 318 Milliarden Mark oder 74,4 v. H. des Gesamtumsatzes beglichen. Anträge auf Eröffnung eines Postscheckkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

* **Meldepflicht der Ausländer.** Da die Verordnung, die allen über 15 Jahre alten Ausländern die persönliche Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde zur Pflicht macht, vielfach nicht befolgt worden ist, erläßt die Polizeiverwaltung nochmals an sämtliche Ausländer, die ihrer persönlichen Meldepflicht noch nicht nachgekommen sind, die Aufforderung, dieser Vorschrift nunmehr sofort bei der Polizeiverwaltung in Halle, Politische Polizei, Zimmer Nr. 52, zu genügen. Ueber die erfolgte Anmeldung wird von der Politischen Polizei eine Bescheinigung erteilt; jeder Ausländer muß im Besitze einer solchen sein.

* **Die Milchatteste müssen die Krankenkassen bezahlen.** Wenn Mitgliedern von Krankenkassen Milch oder andere Nährmittel zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder zur Kräftigung ihres Körpers vom Arzt verschrieben werden, so haben nach einem Urteil des Reichsversicherungsamts die Krankenkassen die ärztlichen Atteste zu bezahlen. Diese Entscheidung ist von allgemeinem Interesse, da vielfach die Kassen sich geweigert haben, solche ärztliche Zeugnisse zu bezahlen.

* **Die Meldung der Hilfsdienstpflichtigen** betrifft eine Bekanntmachung des Magistrats im Anzeigenteile des heutigen Volksblattes.

* **Der Hallesche Knappschaftsverein** versendet soeben den Rechnungsauszug für 1916. Daraus geht hervor, daß die Krankenkasse am Ende des Jahres 22 583, die Pensionskasse 10 998 Mitglieder zählte und daß bis zum Jahresschlusse 10 526 Knappschaftsmitglieder zum Heeresdienst eingezogen waren. Die Krankenkasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 1 414 795,85 Mark, die Pensionskasse schloß mit 3 280 179 Mk. ab. Von einem Jahresbericht in der sonst üblichen Form wurde des Krieges wegen abgesehen.

* **Im Zeichen der Verkehrsnot.** Der gesamte Personenverkehr Hettstedt—Nietleben und Gerbstedt—Friedeburg ist bis zum 27. d. M. eingestellt. Von Halle bis Nietleben fahren nur die Züge 4.45 und 5.45 früh und 5,40 und 6.30 abends, von Nietleben nach Halle früh 5.05 und 6.05 und abends 6 und 7 Uhr. Der Güterverkehr für die ganze Strecke wird durch besondere Güterzüge bedient.

* **In den Vorträgen des Bundes für Volkskraft spricht am** Mittwoch, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, in den Thalia-Sälen Herr Prof. Dr. Schlüter über: Die Bevölkerung der Erde und ihre Beziehungen zu den geographischen Bedingungen. Die Verteilung der Menschen auf der Erde wird bestimmt durch die natürliche Ausstattung der Länder und die Wirtschaftsweise ihrer Bewohner. Diese Beziehungen sollen im Ueberblick dargestellt die Verhältnisse in den Gebieten größter Menschenanhäufung — Indien, China, Europa — genauer betrachtet werden.

* **Eine Volksvorstellung** gibt am nächsten Sonntag nachmittag das Stadttheater. Aufgeführt wird das Schauspiel Prinz von Homburg. Eintrittskarten sind bis Mittwoch abend gegen Vorzeigung des Mitgliedbuches einer freien Gewerkschaft zum Preise von 25 bis 65 Pfg. im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zu haben. Die hierbei nicht vergriffenen Karten werden vom Donnerstag an jedermann abgegeben.

* **Stadttheater.** Der Spielplan dieser Woche bringt heute, Montag, den 21. Januar, Wiener Blut, Dienstag, den 22. Januar, Ein Volksfeind, Mittwoch, den 23. Januar, Die Geschwister, hierauf Susannens Geheimnis, zum Schluß Tanzbilder, Donnerstag, den 24. Januar, Doktor und Apotheker, [illegible] Freitag, den 25. Januar, Nathan der Weise, Sonnabend, den 26. Januar, Die verkaufte Braut. Aufführungen des Weihnachtsmärchens Aschenbrödel finden am Mittwoch, dem 23. Januar, und Sonnabend, dem 26. Januar, nachmittags 3½ Uhr, statt.

Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß wird am 30. Januar d. J. im Stadttheater eine Aufführung von Glucks Iphigenie auf Tauris (bearbeitet von Richard Strauß) leiten. Die Mitglieder der Robert-Franz-Singakademie haben in freundlichster Weise ihre Teilnahme an den Chören des Werkes zugesagt.

* **Walhallatheater.** Auf die heutige Erstaufführung der Operetten-Neuheit Der Favorit sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Heim, Peter-Hiller, die Herren Bertram, Forstner, Krönlein und Luther. Die Vorstellung beginnt pünktlich ¾8 Uhr.

* **Eisenbahnunfall.** Am Südende des Hallischen Güterbahnhofs entgleisten beim Rangieren einige Wagen, wobei zwei Wagen vollständig umgeworfen wurden. Glücklicherweise ist niemand dabei verletzt worden. Die Gleise konnten schon nach kurzer Zeit wieder freigemacht werden.

* **Von der Straßenbahn angefahren und umgerissen** wurde an der Ecke Richard-Wagner-Straße und Gr. Brunnenstraße ein alter 81jähriger Mann. Er erlitt erhebliche Kopfverletzungen und wurde mit dem städtischen Krankenwagen der Kgl. Klinik zugeführt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* **Infolge unvorsichtigen Umgehens mit Licht** durch alleingelassene Kinder entstand in einem Grundstücke der Martinstraße ein Stubenbrand. Der Sachschaden ist unbedeutend, weil Nachbarn sofort Hilfe leisteten

* **Diebstahl im Schrebergarten.** In der Nacht zum Sonntag wurde ein an der Lettiner Straße befindlicher Schrebergarten erbrochen und aus einer dort befindlichen Miete mehrere Zentner Samenkartoffeln und Rüben gestohlen.

* **Vermißt** wird aus Halle seit dem 14. Januar 1918 der 15jährige Barbierlehrling Karl Schmidt. Er ist klein, etwa 1,50 Meter groß, dunkelblond, hat graublaue Augen, vollständige Zähne. Bekleidet war er mit brauner Hose und Weste und weißem Barbierjackett, schwarzen Schnürstiefeln, grauen Strümpfen und weißem Hemd, gez. K. Sch. Eine Kopfbedeckung hatte er nicht. Da mit der Möglichkeit eines Selbstmordes durch Ertränken in der Saale gerechnet werden kann, wird beim Auffinden unbekannter Leichen auf den Vermißten hingewiesen. Sachdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten nimmt die Kriminalpolizei in Halle zu PVa 413/18 entgegen. — Da bei dem jetzigen Hochwasser Leichen sehr weit abgetrieben werden können, werden die Zeitungen der im weiteren Umkreise von Halle stromab gelegenen Ortschaften um Aufnahme dieser Notiz ersucht.

Döllnitz. Die Brennholzversteigerung in den hiesigen Rittergutswaldungen hatte zahlreiche Kauflustige angelockt. Das Holz war begehrt, aber den Verhältnissen nach nicht so teuer wie bei verschiedenen anderen derartigen Verkäufen. Die Reisighaufen wurden auf 2,50 bis 8,50 Mk. bezahlt, Knüppel hingegen erreichten einen Preis von 17 Mk. und noch darüber.

Gröbers. Schlimme Folgen. Die 17jährige Tochter des verstorbenen landwirtschaftlichen Arbeiters Ouweitsch, hier, hatte bei der strengen Kälte vor einigen Wochen beide Füße erfroren. Da ärztliche Hilfe bisher nicht in Anspruch genommen wurde, verschlimmerte sich ihr Zustand derart, daß der nunmehr herbeigerufene Arzt die sofortige Ueberführung der Kranken in ein Hallisches Krankenhaus anordnen mußte. Dort mußten dem bedauernswerten jungen Mädchen beide Beine abgenommen werden. Die Krankheit war aber bereits soweit vorgeschritten, daß das Mädchen kurz nach der Operation verstorben ist.

Stadt-Theater.

Das Sinfoniekonzert des Stadttheater-Orchesters am Sonnabend hinterließ in jeder Beziehung die nachhaltigsten Eindrücke. Kapellmeister Oskar v. Pander zeigte sich im vorteilhaften Lichte und es freut uns, zu konstatieren, daß er sich immer mehr auch zu einem hervorragenden Konzertdirigenten entwickelt. Beethovens Heldensinfonie (die ja auch die Tragik unseres Lebens in sich schließt) bildete den ragenden Eckpfeiler des Konzertes. „Um die Erinnerung eines großen Mannes zu feiern", setzte ihr Beethoven als Motto voran; und am Sonnabend mochte sie wohl in manchem besondere Vorstellungen und Gedankenverbindungen hervorrufen, wenn man der Hunderte und Abertausende gedachte, die draußen stehen, jeder einzelne ein Held. Kapellmeister v. Panders frische und kraftvolle Auslegung schuf tiefgehende Eindrücke, die man vor allem den beiden ersten Sätzen verdankte. Die Linien des Hauptallegros waren scharf herausgemeißelt und namentlich die beiden großen Höhepunkte traten mit Wucht hervor. Im Trauermarsch muß die Ausarbeitung der Coda, die sowohl durch die durchsichtige Klarheit der polyphonen Arbeit als die kraftvoll entwickelte Steigerung ausgezeichnet war, als besonders gute Leistung hervorgehoben werden. Im Scherzo wagte sich der Dirigent in weiser Vorsicht nicht an das von Nikisch beliebte Tempo heran. Das Orchester hielt sich meist recht tapfer. Als zweites Orchesterwerk folgte die Tondichtung Tod und Verklärung, ein Problem, an dessen Lösung selbstverständlich manches problematisch bleibt. Aber wie Richard Strauß hier diesen abstrakten Stoff behandelt, wie er in genialer Weise den Traum des Sterbenden und sein „entsetzenvolles Ringen" bis zur Verklärung malt, das zeigt doch den Großen, der nicht an geschriebene Gesetze gebunden ist. Mag über die Opern von Strauß noch nicht das letzte Wort gefallen sein, als Sinfoniker ist er schon heute einfach als Genie anzusprechen. Diese seine Kunst macht ihm kein Lebendiger nach. Kapellmeister v. Pander widmete auch der Auslegung dieses Werkes seine volle Kraft und erzielte für sich einen bedeutsamen Erfolg. Zwischen den beiden Orchesterwerken spielte Konrad Ansorge das effektvolle, aber gefährliche A-dur-Konzert von Liszt. In den Ausbrüchen seines musikalischen Temperaments und leidenschaftlichen Musikempfindens ganz Nerv und Seele spielte Ansorge dies auf Messerschneide stehende Klavierkonzert im höchsten Maße aufregend. Als Virtuosenleistung, deren Virtuosität aus den Quellen eines unendlich differenzierten und elastischen Gefühls für den Lisztschen Rhythmus und für die Lisztsche Ekstase gespeist wird, steht seine Wiedergabe jedenfalls einzig da. Mit der Majestät und der überzeugenden Kraft seines Ausdruckes, mit der weltverlorenen Versenkung in die lyrischen Partien des Werkes wirkte Ansorge als Lisztspieler geradezu sensationell. Ebenso hervorragend war die Wiedergabe von Beethovens Appassionata (Sonate F-moll). Seine Verehrung für Beethoven ist bekannt. Der große Meister ist sein Gott, dem er ein Leben lang in Treue und mit Begeisterung gedient hat. Und diese tiefe Verehrung leuchtet auch heute noch aus seinem Spiel. — Dementsprechend war auch der Erfolg, der den Künstler viele Male auf die Bühne rief und ihm zu einer Zugabe (Schubert) zwang.

Allerlei.

Ein moderner Totentanz.

Trotz aller Kriegsnöte hat die Stadt Königsberg den schon lange gehegten Plan eines Gemeindefriedhofes während der letzten Jahre in großzügiger Weise verwirklicht. Den Mittelpunkt der Anlage bildet die von dem Königsberger Maler Otto Ewel ausgeschmückte Friedhofskapelle, deren monumentale Fresken eine Art modernen Totentanz darstellen. Die leitende Idee der acht, über zweieinhalb Meter hohen Figurenbilder ist die von dem Tode gepeinigte, gehetzte und wieder erlöste Menschheit. In prachtvoll elfenbeinernem Ton leuchten die meisten nackten Gestalten aus blauem Grunde von der Kuppel der achteckigen Halle herab. Unter ihnen sieht man den Tod in allen seinen Tätigkeiten. Hier reißt er eine niedergesunkene Frau mit sich, an die sich unschuldige Kindlein klammern, dort [illegible] hält er entsetzten Männern und Frauen [illegible] Stundenglas vor, hier scheucht er wieder die Lebenden auseinander, dort führt er, eine grellgoldene Fahne vorantragend, die jungen Krieger in die Schlacht. Nicht immer ist sein Anblick schrecklich. Einmal hat er sich mit Krone und Hermelinmantel verkleidet, um ahnungslose, gutwillige Kinder zu entführen, und ein andermal erscheint er den Mühseligkeiten und Beladenen als Helfer und Freund.

Der Religionseifer des bigotten Landvolks. Nach dem Gonier Czenstochowska verhaftete die Polizei einen gewissen Joseph Dzialkowski, der mit einer Mönchskutte bekleidet und mit einem mächtigen Rosenkranz umgürtet war. In seiner Begleitung war der „Organist" Jan Lusniwski. Beide zogen in den Dörfern herum und erpreßten mit Hilfe von religiösen Handlungen, wie Gebeten, Ablaßerteilung usw., von den Landleuten, angeblich zugunsten eines Klosters, Geldbeträge und Lebensmittel. In der Wohnung der beiden Gauner wurden 25 600 Mark vorgefunden, die sie auf obige Weise zusammengegaunert haben mögen; auch ein Lager an Speck, Eiern, Mehl — alles fürs Kloster!

Liebe macht erfinderisch. Die Tochter des Holzhändlers und Sägewerksbesitzers Fiedler in Kronach knüpfte mit einem bei ihrem Vater beschäftigten kriegsgefangenen Franzosen ein Liebesverhältnis an. Als der Vater davon Kenntnis erhielt, unternahm er sofort die erforderlichen Schritte, damit der Franzose ins Lager zurückkomme. Das war im April 1917. Seit dieser Zeit war der Franzose spurlos verschwunden. Dieser Tage kam die Polizei zu Fiedler, um dessen Wohnung zu durchsuchen, da dringender Verdacht bestehe, daß der abhängige Franzose von der Tochter Fiedlers versteckt gehalten werde. Der Vater war über diesen Vorwurf nicht wenig empört, ließ sich aber schließlich herbei, gemeinsam mit der Polizei die Hausdurchsuchung vorzunehmen, die alles aufdeckte. Der Liebhaber hatte nämlich seit über acht Monaten im Schlafzimmer der Tochter Fiedlers sein Versteck aufgeschlagen gehabt. Die Sache war durch die Hausmagd ruchbar geworden.

Diktatur Dingsda.

In Dingsda war ein Skatverein,
der ließ sonst fünfe grade sein
und baute nie 'ne Zicke
von wegen Politike.

Da war der Amtsblattredakteur
Theoderich (was willste mehr?),
der zweite, Kulpe heißt er,
war hierorts Schlächtermeister.

Der dritte aber von dem Stich,
das war der Ortsgemeinderich.
Der sprach mit lautem Wesen
als er sein Blatt gelesen:

„Den Reichstagsfritzen in Berlin
hm — ich bin ihnen gar nicht grün!" —
Daß ich es kurz bespreche:
Man baute 'ne Depesche.

Die ging an Herrn von Soundso.
Zwar ehrerbietig — doch oho!
Derselbe funkte wieder
an die erzürnten Brüder.

Der Stammtisch, tiefgerührt und stramm,
hing auf das hohe Telegramm
in schwarz-weiß-rotem Rahmen
(mit Goldverzierung) Amen.

Paulchen (im Vorw.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180121-19/fragment/page=0006